

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Fannatich u. Co., Magdeburg; Gehaltsliste: Dr. Mühlgr. 2, Bernstr. 1667. Redaktion und Druckerei: Dr. Mühlgr. 2, Bernstr. für Redaktion 1794, für Druckerei 981.

Prämienfonds jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobonus) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.30 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 4 Pf., monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.25 cfr. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anfertigungsgebühr: die sechsgelappte Zeitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restemerkel Beile 50 Pf., Post-Zeitungsliste Seite 392.

Nr. 146.

Magdeburg, Mittwoch den 26. Juni 1907.

18. Jahrgang.

Die Waffengattung des Geldsacks.

Offiziere der zwei größten deutschen Bundesstaaten haben in der letzten Zeit nicht rühmliches Aufsehen erregt. In München spielten bei einem Wuchererprozeß bayrische Kavallerieoffiziere eine traurige Rolle, und aus Hannover lief die Kunde ein, daß dort der Kaiser über jene (spielende) Offiziere, die zum Reiterinstitut kommandiert waren, ein gründliches Strafgericht gehalten hat.

Wir wollen die Offiziere, die in beiden Fällen in Betracht kommen, gewiß nicht weißwaschen, aber die Gerechtigkeit erfordert auch, daß die Schuld, die der Staat selbst an derartigen Zuständen trägt, an das Tageslicht gezogen wird.

Der Staat hat nämlich gründlich dafür gesorgt, daß die Kavallerie als die Waffengattung der reichen Leute gilt. Er begehrt hier die zweifelhafte Unmoralität, daß er von Männern für Dienste, die sie zu seinen Gunsten zu leisten haben, pekuniäre Auslagen fordert, die auch nicht entfernt mit dem im Einklang stehen, was er ihnen bezahlt. Ein Kavallerieleutnant bezieht z. B. je nach der Garnison eine Gage von 1600—1900 Mark. Dabei wird von ihm verlangt, daß er sich mindestens ein sehr gutes Reitpferd hält und sich kostspielige Uniformen kauft. Wenn ein Kavallerieleutnant ein Reitpferd erstehen will, das auch das Wohlgefallen seiner Vorgesetzten erregt, so muß er mindestens 1400 Mark ausgeben. Eine einzige Galauniform eines Husarenoffiziers inklusive Pferdeausrüstung kommt auf mindestens 500 Mark zu stehen. Unter 350 Mark ist selbst die relative bescheidene Galausrüstung eines Dragoneroffiziers und seines Pferdes nicht zu beschaffen. Rechnet man die Ausgaben für die übrigen Uniformen hinzu, so ergibt sich, daß ein Kavallerieleutnant für seine Kleidung ähnliche Ausgaben hat wie ein pufschütziges Weib.

Allerdings ist ein Unterschied vorhanden: Einer eitlen Frau befiehlt niemand, daß sie ihre Kleiderkammer vollstopft, ein Kavallerieoffizier aber muß große Summen für Bekleidung, Ausrüstung und Pferde aufwenden. Läte er es nicht, würde er nicht stets in eleganten Uniformen erscheinen, würde er nicht sehr gute Pferde besitzen, so bekäme er sehr bald deutliche Winke. Wären sie vergeblich, so ergreife man gegen ihn „andre Maßregeln“. Soviel uns bekannt ist, wird den Kavallerieoffizieren sogar eine besondere Bemerkung darüber in die Qualifikation geschrieben, ob sie gut beritten sind.

Ferner erwachsen den Kavallerieoffizieren nicht selten große Ausgaben durch die Versetzung in andre Regimenter, die anders uniformiert sind, als das Regiment, in dem sie bisher gedient hatten. Wird z. B. ein Husarenoffizier in ein Dragoner- oder in ein Ulanenregiment versetzt, so kann er seine bisherigen Röcke, Hosen, Reitstiefel und Kopfbedeckungen einfach zum Trödler schicken, weil er sie in seinem neuen Regiment nicht mehr gebrauchen kann. Zugleich muß er die weggegebenen Uniformstücke durch vollkommen neue ersetzen. Die ganze Affäre bedeutet für den Offizier eine Einbuße von mindestens 1600 Mark.

Auf diese Weise wird der Kavallerieoffizier vom Staat selbst zu so großen Ausgaben gezwungen, daß mit gutem Gewissen nur sehr wohlhabende junge Leute die Laufbahn des Reiteroffiziers einschlagen können. Sind weniger gut situierte Eltern so albern, ihren Sohn Kavallerieoffizier werden zu lassen, so erleben sie sehr oft unangenehme Dinge. Wie schnell solche Kavallerieoffiziere die Kasse ihrer Eltern erschöpfen, weiß nur derjenige, der hier Studien aus nächster Nähe gemacht hat. So mancher, der seine militärische Laufbahn als „schneidiger“ Ulanen- oder Husarenabenteurer begann, ist froh, wenn sein Geld eines Tages wenigstens noch zum Trainleutnant genügt.

Durch die großen pekuniären Ansprüche, die der Staat an den Kavallerieoffizier stellt, erzieht er ihn direkt dazu, daß er das Geld für einen Pfifferling hält. Er verleitet ihn förmlich zur Annahme der Manieren reicher Leute, auch wenn der Offizier die dazu nötigen Mittel nicht entfernt besitzt. Und so kommt neben andern kostspieligen Passionen auch der Gang zum Kasardieren in die Kavallerieoffizierkorps.

Frägt man nun nach den Gründen, die den Staat dazu bestimmen, den Kavallerieoffizieren so große Ausgaben aufzuhalten, so ist nicht ein einziger vernünftiger zu entdecken. Die Oberleutnants und Leutnants der Kavallerie, die sehr häufig einen Luxus in Pferden entfalten, benötigen teure Pferde im Dienste überhaupt nicht. Sie reiten hier in der Abteilung und daher brauchen ihre Pferde um kein Haar mehr zu leisten als die Pferde der Mannschaften.

Ebenso ist es, wenn die Herren Patrouillenführer sind. Hier können sie auch nicht auf eigne Faust im Lande herumgaloppieren, sondern müssen sich nach der Geschwindigkeit der Pferde ihrer Begleitmannschaften richten. Wie überflüssig es gerade vom dienstlichen Standpunkt aus ist, wenn Kavallerieoffiziere sich kostspielige Pferde halten, geht aus der Existenz der sog. Chargenpferde hervor. Die Chargenpferde, die den Kavallerieoffizieren vom Staate geliefert werden, sind von der nämlichen Herkunft wie die Mannschafspferde. Auf diesen Pferden versehen die Kavallerieoffiziere ihren Dienst ebenso wie auf ihren eignen.

Was nun den Luxus an Uniformen anbelangt, der den Kavallerieoffizieren zugemutet wird, so ist es selbstverständlich, daß hier ein gedankenloses Verlangen vorliegt. Allerdings ist es richtig, daß Kavallerieregimenter verschiedenartig uniformiert sein müssen, damit die Reiter ihre Abteilungen, die bei Attacken gewöhnlich völlig durcheinander geraten, schnell finden können. Dies kann aber auch durch sehr einfache und billige Mittel erreicht werden, zum Beispiel durch verschiedene Farben der Kuffschläge, der Reithosen, der Lanzen usw. Die teuren Galauniformen der Kürassier-, Husaren- und Ulanenoffiziere haben gerade für den Krieg keinen Zweck, weil sie in den Krieg überhaupt nicht — mitgenommen werden.

Wir glauben jetzt nachgewiesen zu haben, daß die der Reiterei vom Staate selbst zugewiesene Stellung einer Waffengattung für Reiche nicht notwendig ist. Würde man den Oberleutnants und Leutnants der Kavallerie nicht zumuten, daß sie sich selbst Pferde kaufen und Tausende für Uniformen ausgeben, so würde man sie auch nicht indirekt zu den Gewohnheiten der Reichen verführen. Wer von einem jungen Manne verlangt, daß er sich teure Pferde hält und teure Kleider kauft, darf sich wundern, wenn dieser junge Mann auch auf andern Gebieten das Geld in leichtsinniger Weise hinausfeuert und daher auch das Zeug liebt.

Die freilich in allen „zivilisierten“ Staaten beliebte Gewohnheit, die Kavallerieoffiziere zum Prozentum zu zwingen, ist, nebenbei bemerkt, auch ungeheuer einseitig, weil dadurch talentierten armen Offizieren der Zugang zur Reiterei versperrt wird. Ein armer Offizier kann alle Eigenschaften, die ein genialer Reiterführer braucht, im reichsten Maße besitzen und wird trotzdem niemals ein Reitergeneral werden, weil er von vornherein wegen Geldmangels für die Kavallerie untauglich ist. Die Folgen dieser Verhältnisse lehrt die Kriegsgeschichte: Hervorragende Kavallerieführer sind sehr selten.

Daß mit der Rolle der Reiterei als Waffe des Geldsacks aufgeräumt wird, liegt auch im Interesse des Volkes. Wie soll denn ein Offizier seinen Dienst ordentlich verrichten, wenn er die ganze Nacht am Spieltisch gesessen und dabei große Summen verloren hat? Entweder wird er sich um den Dienst nicht kümmern und den Unteroffizieren alles überlassen, oder er wird infolge seiner Sorgen und seiner abgespannten Nerven die Mannschaften hart behandeln.

R. R.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 25. Juni 1907.

Der neue Nationalverein.

Der Deutsche Nationalverein, der im Jahre 1859 gegründet worden war, verstand acht Jahre darauf als ein Besiegter vom Schauplatz der Geschichte. Seit dem Verfassungskonflikt hatte er im Kriege mit Preußen gelegen. „Wenn diejenigen“ — so hatte er im Jahre 1863 erklärt — „die jetzt an der Spitze des preussischen Staates vom eignen Volke beurteilt, am Ruin der preussischen Staatsmacht arbeiten, vollends nach der Leitung Deutschlands greifen wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermessenheit dem Nationalverein begegnen.“ Als sich dann die Tatsachen stärker erwiesen als die liberalen Resolutionen und der reaktionäre Preußenstaat mit dem Schwerte in der Hand und in der Verkleidung des allgemeinen Reichstagswahlrechts sich die Herrschaft über den Süden erkämpfte, fand der Deutsche Nationalverein nichts mehr zu tun übrig und löste sich auf.

Die Begründung des neuen „Nationalvereins“, die sich am letzten Sonntag in Heidelberg mit großem Gallo vollzog, nimmt sich aus wie der Einfall eines Geschichtsprofessors. Und doch liegt in diesem kleinen Ereignis ein Zug von, freilich ungewollter, großer Ironie: ein politischer Schriftsteller hätte das deutsche Bürgerturn nicht besser charak-

terisieren können als durch diesen Nationalverein, der nach vierzig Jahren wieder zum Leben erwacht und nun wieder seine Arbeit dort aufnehmen will, wo er sie Anno 1867 liegen ließ. Für das deutsche Bürgerturn sind das vierzig verschlafene Jahre — eine Zeit, in der die Bourgeoisien aller westeuropäischen Länder sich zu herrschenden Stellungen emporgeschwungen haben. Nach diesen verschlafenen vierzig Jahren verkündet der Pfarrer Korcell die „Parlamentarisierung der Regierungsformen“ unter „endlosem Weifall“ als allerneuestes Programm.

Wenn nur der neue Nationalverein aus den Fehlern des alten etwas gelernt hätte! Die Männer des alten Nationalvereins beugten ihr Knie vor dem Sieger, krochen zum Teil in warme Stellungen und bewilligten der Regierung Bismarcks alle ihre militärischen und sonstigen Forderungen. Damit hörte der alte Nationalverein auf. Wie fängt aber der neue an? Er erteilt der Sozialdemokratie weise Lehren, daß sie sich „nicht in eine aussichtslose Opposition verrennen“ solle. So wenigstens der Professor Gothein-Heidelberg, den man nicht mit dem geschwiegenen Bergat und Abgeordneten gleichen Namens verwechseln darf.

Alle Redner schwören, daß man die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Konservativen bekämpfen müsse. Nun gibt es in Deutschland keine Partei, die für die große Forderung des neuen Nationalvereins, die Parlamentarisierung der Regierungsformen, bestimmter zu haben ist als die Sozialdemokratie. Der neue Nationalverein, der nach den Versicherungen Professor Günthers-München ja „den Willen zur Macht“ hat, fühlt sich heute schon mächtig genug, sich „gegen das zu erheben, was man das persönliche Regiment nennt“ (Korcell) und für die Parlamentarisierung der Regierungsformen einzutreten, zugleich aber auch mit seinen vier oder fünf Dutzend Mitglieder eine Dreimillionenpartei zu bekämpfen, die sonst zur Unterstützung zwar — bewahre nicht — des neuen Nationalvereins, aber doch seines angeblichen Programms bereit wäre. Und um dieses Kunststück zu vollbringen, braucht er sich gar nicht in eine „aussichtslose Opposition zu verrennen“. Er macht das Alles ja viel einfacher, nämlich mit Hilfe der — nationalliberalen Partei.

Ja, der neue Nationalverein tritt für die „Einigung des Gesamtliberalismus“ ein. Zu der Zeit, da Barth vor Entsetzen über die Erfolge seiner liberalen Einigungspolitik nach Amerika flüchtete, schwärmt man in Heidelberg für den Zusammenbruch des Freijunns und der Volksparteier mit der „größten liberalen Partei“. Ja selbst dem „Großblock“, der konservativ-liberalen Paarung, wünscht man, wenn auch nur eine „vorübergehende“, so doch eine „erfolgreiche“ Existenz.

Der „Nationalverein“ hat sich bisher nur in Süddeutschland Freunde zu erwerben geduldet. Die Freisinnigen und Nationalliberalen Preußens hielten sich von ihm mißtrauisch fern, wohl weil sie fürchteten, in eine zu radikale Gesellschaft zu geraten. Der erste Tag des neuen „Nationalvereins“ hat diese Befürchtungen zerstreut, und nun ist zu hoffen, daß Herr Friedberg den Ehrenvorsitz übernimmt und die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses in voller Stärke beitrifft.

Wie „liberal“ wird dann die Geschichte werden! —

Die vaterlandslose Knauerei der Besitzenden.

Zwingende Gründe gegen das Dreiklassenwahlrecht führt der bekannte Göttinger Nationalökonom Professor Gustav Cohn ins Feld. In einem Artikel des „Tag“ weist er darauf hin, daß für den preussischen Staatshaushalt das glückliche Zeitalter zu Ende gehe, in dem er ohne neue Steuern und neue Schulden seine wachsenden Bedürfnisse bestreiten konnte. Gätte Preußen nicht den „Glücksgewinn“ seiner Eisenbahnen, so müßten die Einkommensteuern heute schon doppelt so hoch sein, als sie in Wirklichkeit sind. Trotzdem werde sich eine Erhöhung der Staatseinnahmen durch Eröffnung neuer Steuerquellen auf die Dauer nicht umgehen lassen. Wenn im nächsten Winter die ganze Frage der Gehaltsaufbesserungen vor den Landtag gebracht werde, würde die Herbeischaffung von neuen 100 Millionen jährlich notwendig sein. Hunderte von Millionen sind zu neuen Aufwendungen für die Behörden, Schulen, Universitäten usw. notwendig. Diese Bedürfnisse können weder durch Schuldenwirtschaft noch durch weitere Vertiefung des Eisenbahnverkehrs gedeckt werden, also bleibe nur ein weiterer Ausbau der Einkommen- und Vermögenssteuer übrig. Sollen dabei nicht die schwächeren Schichten belastet werden, so müsse die Progression dieser Steuern stärker gestaltet werden.

Wie aber sieht es mit der Bereitwilligkeit des Landtags

aus, eine solche Erhöhung der Steuern zu bewilligen? Professor Cohn antwortet auf diese Frage:

„Welche Aussicht ist wohl vorhanden, von diesem Abgeordnetenhaus, von dem Herrhaus obendrein, die Zustimmung zu erlangen? . . . Es ist mir sehr zweifelhaft, ob unsere besitzenden Klassen reich dafür sind, Steuern zu bewilligen, die sie ausschließlich tragen sollen. . . Daher ist das Wahlrecht des preussischen Abgeordnetenhauses auch unter diesem Gesichtspunkt — ein so unbrauchbares. Es ist das gerade Gegenteil von dem, was man für unsern Zweck braucht. Von dem Herrenhaus gar nicht zu reden. Dieses wird (wie bei dem Gesetzentwurf von 1890/91) den besonderen Verus empfinden, einer weitergehenden Belastung des großen Vermögens zu widerstehen. So könnte die preussische Staatsregierung von diesem Ende her zu demselben Schlusse gelangen, der von so ganz andern Enden längst erstrebt wird — Reform des Landtagswahlrechts, und zwar zu dem Zwecke, eine viel stärkere Vertretung der besitzlosen oder kleinbesitzlichen Klassen in das Abgeordnetenhaus zu führen.“

So fordert ein bedeutender Vertreter der Finanzwissenschaft die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts als Mittel gegen die vaterlandslose Knausererei der besitzenden Klassen.

Zwei glückliche Tage des Freisinn.

Als Herr Studt seinen Posten in Münster verließ, um als Kultusminister nach Berlin zu gehen — im September 1899 — schrieb die freisinnige „Weser-Zeitung“ hochbeglückt und ganz vergückt: „Ueber die Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der Herr Studt den Pflichten eines obersten Provinzialbeamten nachgekommen ist, herrscht mit einer Stimme der Anerkennung. In der Stadt Münster ist Herr Studt besonders beliebt, weil er durch seine Teilnahme an mancherlei patriotischen und gemeinnützigen Veranstaltungen der Bürgererschaft häufig Gelegenheit gegeben hat, sein liebenswürdiges, gewinnendes Wesen kennen zu lernen. Täglich kann man, namentlich in den Promenaden, Zeuge sein, wie alt und jung, vornehm und gering ehrerbietig grüßt, wenn sich die hohe imponierende Gestalt mit dem schönen charakteristischen Greisenkopf blicken läßt.“

So jubelte der Freisinn, als Studt kam. Jetzt jubelt er, weil er geht, und mit klopfendem Herzen zählt er an den Blättern der Orakelblume ab, ob die Ernennung der Excellenz Solle zum Kultusminister nicht am Ende doch als „Jugendandnis an den Liberalismus“ aufgefaßt werden dürfte.

Zwei glückliche Tage! Kinder sind ja so leicht glücklich zu machen!

Der preussische Polizeistaat.

In Bochum ist in voriger Woche ein Prozeß verhandelt worden, in dem ein Sozialdemokrat als Angeklagter fungierte und der die Beurteilung der preussischen Polizeipraxis erbrachte. Denn um die Polizei und ihre Art, die Sozialdemokratie zu bekämpfen — bekanntlich die erste und wichtigste Aufgabe der Polizei — drehte sich die Beweisaufnahme.

Derartige Prozesse mit derartigem Beweismaterial und ebensolchem Ende sind in Preußen schon unzählige geführt worden, ohne daß dadurch in der Polizeipraxis oder in der Beurteilung des bürgerlichen Publikums sich irgend etwas geändert hätte. Der Sozialdemokrat wird verurteilt, der Polizei wird bezeugt, daß sie in diesem und jenem Falle durch die Schneidigkeit „untergeordneter“ Organe wohl etwas über die Stränge geschlagen, aber im übrigen voll und ganz ihre Pflicht getan habe. Die preussische Polizei tut also weiter ihre Pflicht in der — Förderung der Sozialdemokratie.

So machte sie es von alters her auch in Heddinghausen, wie in dem Bochumer Prozeß jetzt festgestellt worden ist. Die bürgerliche Presse geht vornehm an diesen Dingen vorüber. Was geht sie denn die polizeiliche Antisozialistenpraxis an? Nur wenige Blätter widmen den in Bochum festgestellten Dingen einige Zeilen. Darunter die „Frankfurter Zeitung“, deren Kritik hier folgen mag:

In dem Polizeiprozeß, der sich vor einigen Tagen in Bochum abgepielt hat, ist unter anderem folgender Vorfall festgestellt worden. Ein Wirt mit Namen Wenzel macht sich bei der Polizei dahin mißlieblich, daß er seinen Saal für eine Versammlung des jugendlichen alten Bergarbeitersverbandes hergibt. Unmittelbar nach der Versammlung überreicht ihm der überwachende Kommissar eine Verfügung, durch welche ihm die Polizeihände herabgeholt wird. Herr Wenzel vertritt den Sinn dieser Verfügung sehr wohl, und da die Gerathenheit der Polizeihände für ihn eine erhebliche Schädigung bedeutet, begibt er sich auf das Polizeiamt und vertritt, er werde sein Saal für Versammlungen der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften fortan nicht mehr zur Verfügung stellen. Daraufhin wird ihm die Polizeihände wieder verweigert.

Der Fall ist bezeichnend für die Auffassung, die die Polizei nicht nur in Heddinghausen — um die polizeilichen Zustände dieses Ortes bezügl. der Prozeß —, sondern auch vielfach anderwärts von ihren Aufgaben und Rechten hat. Hat man bei Polizeibehörden die Befugnis zur Festsetzung der Polizeihände etwa gegeben, um ihr eine Möglichkeit zu schaffen, Personen, die ihr unangenehm sind, nach Willkür zu argun und zu schädigen? Keineswegs wird das beabsichtigt, die Polizei soll über die Polizeihände nach sachlichen Erwägungen entscheiden, und es ist ein klarer Mißbrauch obrigkeitlicher Gewalt, wenn sie ihre Macht dem, um ein System von Befehlungen und Verfügungen für Behörden oder Widerstandspunkte auszuüben.

Die Polizei als Exekutorin zu politischer Spannungsmittel — in dieser Rolle mag sie unter allen Umständen einen widerwärtigen Einfluß gewinnen, und es wäre wünschenswert, daß sie sich endlich abweisend über ihre funktionsmäßige Aufgabe, nämlich die Aufrechterhaltung der Ordnung ohne Rücksicht der Person, klar würde.

In dem oben erwähnten Prozeß hat leider der Staatsanwalt keine Erwägungen gemacht, die einfach daraus hervorgehen: „Wozu die Polizei soll und sich ihre Befugnisse benutzen, um die Sozialdemokraten schlechter als andere Staatsbürger zu behandeln.“

verständnis im Rahmen der Gesetze — zu schikanieren, wo immer es geht. Da haben wir den Polizeistaat in seiner schlimmsten Gestalt; man kann die der Polizei eingeräumte Machtstellung nicht schwerer diskreditieren, als indem man sie so auslegt.

Und dann rehet man noch mit hoher Entrüstung darüber, daß die bösen Sozialdemokraten die gute Staatsordnung nicht anerkennen wollten!

Was die Frankfurterin nicht abhält, in derselben Nummer der Blockpolitik mit den konservativen Beschügern, Nuznießern und Beherrschern des Polizeistaats hohe Ruhmestöne nachzuringeln. Die Liberalen und „Demokraten“ stützen und schützen die preussischen Junker in ihrem ererbten Sattel und wundern sich gelegentlich daß darüber, daß sie dann auch reiten und niederreiten. Und zwar die liberalen Blockgenossen.

Denn die Sozialdemokratie hat unter diesen beständigen Polizeimännern im Frieden noch nicht gelitten! —

Das neuerstandene Deutschland.

Aus dem Haag wird dem „Berliner Tageblatt“ telegraphiert: „Die hier weilenden fremdländischen Diplomaten fragen einigemmaßen überrascht nach dem Sinn und der Bedeutung der Berliner Krisis. Keiner versteht dieses Gemisch von angeblicher Paarungspolitik und persönlicher Ränke. Posaadowsky erschien auch nach außen hin als der einzige unserer Staatslenker, der etwas Positives geleistet hat. Er war der einzige, der unserer heutigen Regierung noch ein wenig Glanz verlieh.“

Die Diplomaten, die unsere „Ministerkrisen“ nicht verstehen können, legen offenbar einen falschen Maßstab an sie an. Sie denken an Vorgänge in London, Paris, Brüssel, Rom und Wien, wo eine Veränderung der Parteistellung im Parlament auch zu entsprechenden Personalveränderungen an den leitenden Stellen führt. Gätten sie an den Wildig Kiosk in Konstantinopel gedacht, wäre ihnen die „Berliner Krisis“ viel leichter klar geworden.

Interessant ist auch die Beurteilung des Grafen Posaadowsky. Hier wurde er gestern als der letzte Gegner innerhalb der Regierung bezeichnet, den die Sozialdemokratie noch achten konnte. Ähnliches scheinen auch die fremdländischen Diplomaten zu empfinden. Wenn Fürst Bülow diese Anmerkung als einen neuen Beweis für die Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie brauchen zu können glaubt, so sei sie ihm zu diesem Zweck für seine nächste Reichstagsrede gestiftet. —

Ein Antimilitaristen-Prozeß.

In Paris hat am Montag vor dem Schwurgericht der an dieser Stelle schon mehrfach erwähnte Prozeß gegen zwölf Antimilitaristen begonnen, die beschuldigt sind, durch den Anschlag von Plakaten die Soldaten zur Gehorsamsverweigerung am 1. Mai aufgefordert zu haben.

In der Scherlprelle finden wir ein kurzes Telegramm über das Ergebnis des ersten Tages:

Der Verteidiger Bonzon griff aufs schärfste Clemenceau, Briand und Guibot an, indem er ausrief: „Hat Briand nicht selbst als Journalist, Advokat und Deputierter revolutionäre Gewalt gepredigt? Hat Clemenceau nicht selbst eine revolutionäre Vergangenheit, hat er nicht selbst mit Jola die Arme angegriffen?“ (Beifall unter der Zuhörerschaft; der Generalanwalt interveniert.) Repräsentant der zwölf Angeklagten bestritten, daß sie zum Ungehorsam haben verleiten wollen. Die Absicht des Anschlags war die Verhinderung blutiger Ereignisse, wie sie jetzt im Süden sich abspielen. Sie rühmen das Verhalten der Soldaten, die nicht gegen ihre noleidenden Brüder gehandelt hätten. Sie hätten ein schönes Beispiel gegeben. Die Hauptschuldigen seien nicht sie, sondern jene Minister, die ihre Vergangenheit verweigerten. Nach Abschluß des Verhörs tritt eine Pause ein. Bei Wiederaufnahme der Verhandlung legt der Verteidiger Bonzon eine antimilitaristische Broschüre des Ministers Briand vor. Während seiner Anklagerede wird der Generalanwalt von den Angeklagten, die er als Ankläger behandelt, heftig unterbrochen.

Fransösisches Geschworne haben in den letzten Wochen zweimal die härtesten Urteile der Klassenjustiz über Sozialdemokraten verhängt. Wir fürchten, die Nachwirkung der Ereignisse des Südens wird ihre Mißstimmung gegen die Angeklagten noch steigern. —

Rumänische Greuel.

Die „Rössische Zeitung“ erhält vom einem Freunde aus Rumänien einen Artikel, aus dem hervorgeht, wie der Bauernaufstand, der vor zwei Monaten durch die Baladzei und Moldau tobte, an den Juden gerächt wird. Es heißt in dem Artikel:

Folgendes hat sich in Dorohoi im 20. Jahrhundert ereignet: Freitag, am 5. Mai, befehlt der Kommandierende des 5. Infanterie-Regiments Dragosch Nr. 29, Oberst Raresch, begleitet von seinem Gehilfen Oberleutnant Rindulescu, das ganze Regiment, Offiziere, weitere Offiziere und Soldaten, auszurücken und vor den Kasernen umweit der großen Chansee ein Karree mit freiem Himmel bilden — als ob es eine Anrede an das Regiment halten oder einen Tagesbefehl an das ganze Regiment zu lesen hätte. Zur größten Ueberraschung der jüdischen Soldaten befehlt aber der Kommandant, diese möchten aus der Front hervortreten und sich knien. Die jüdischen Soldaten fanden nach da. Ein Feldwebel, der einen Knüttel schwingend, erschien plötzlich vor der Gruppe. Darauf erhielten sechs christliche Soldaten den Befehl, aus der Front zu treten. Darauf, auf ein Zeichen des Obersten, ergrieffen diese christliche Soldaten einen der jüdischen und warfen ihn zur Erde. Drei hielten ihm den Kopf, drei die Füße, und der Feldwebel bearbeitete ihn mit dem Knüttel. Der Gefangene schreit und fleht bei mihandelter Soldat; begehrt alle jüdischen Soldaten, welche sich knien, zu treten, welche ein gleiches Schicksal erwarteten; begehrt, alarunieren sie die vorübergehenden Jüdischen, die gerade des Weges kamen. . . Das Blut fließt in Strömen aus den Körpern von acht unglücklichen jüdischen Soldaten. Sie werden ohnmächtig, aber die Mißhandlung wird fortgesetzt, bis sie halbtot in die Kaserne oder in den Arrest getragen werden.

Alles dies wurde unter dem Vorwande gemacht, die Juden leisteten nicht den richtigen militärischen Dienst, sondern gingen auch nach Hause. Nachdem die gefälligen Granatadetten vollzogen waren, wurde befohlen, daß alle christliche Soldaten, welche sich knien, zu treten sollten. Diese traten in großer Anzahl vor, bis es sich herausgab, es handle sich um

die Tötung der Juden, und es wurde ihnen befohlen: jeder soll die Ueberwachung von drei Juden übernehmen, sie Tag und Nacht nicht aus dem Auge lassen, sie in den Kasernen und außerhalb derselben beobachten, und wenn einer von ihnen auch nur das kleinste Vergehen sich zuschulden kommen ließe, soll er aufs Haupt geschlagen, getötet oder erschossen werden. Dies alles auf die Verantwortung der Vorgesetzten.

Die Juden — wenigstens die armen — sind in Rumänien so vogelfrei wie in Rußland. Um ihre Solidarität mit den Glaubens- und Stammesgenossen zu beweisen, sind die jüdischen Finanziers Westeuropas die ersten, die den Walachen wie den Zaren die Anleihen vermitteln, auf daß in Rumänien wie in Rußland die jüdischen Proletarier nach wie vor unter den Martern verbluten.

Das kapitalistische Interesse steht eben höher als die Forderungen der Stammesgemeinschaft und der Menschlichkeit.

Wie dem alten Anselm Rothschild nachgesagt wird, als er von einem zerlumpten russischen Juden heimgesucht wurde: „Schmeißt 'n raus, er brecht mer's Herz!“ —

Der Fall Peters vor Gericht.

(Nachdruck verboten.) Hg. München, 25. Juni 1907.

Vor dem Münchner Schöffengericht beginnt am heutigen Dienstag die vorläufig auf vier Tage berechnete Verhandlung gegen den Genossen Martin Gruber, der als Redakteur der „Münchner Post“ sich des Verbrechens der Peters-Beleidigung schuldig gemacht haben soll.

Als die letzten Reichstagswahlen mit kolonialer Begeisterung gemacht werden sollten, glaubten die Münchner Liberalen keinen besseren Agitator für die „nationale Sache“ finden zu können, als den Schilling der Union und Kardorff, den verflorenen Reichskommissar von Ostafrika Dr. Karl Peters. Herrn Peters' Verdienste um die deutschen Kolonien wurden von der liberalen Münchner Presse in den höchsten Tönen gepriesen, und es war daher durchaus begreiflich, daß unser Münchner Parteigänger die Gelegenheit ergriff, um an die atemmäßig feststehenden Taten des Herrn Dr. Peters in den Kolonien zu erinnern, und ein wenig die Vergangenheit dieses Mannes darzustellen.

Dadurch fühlte sich Herr Peters beleidigt und strengte die Beleidigungsklage an, offenbar in der Absicht, den letzten Versuch einer Wehrwache zu unternehmen. Besonders schwer liegen ihm die Entscheidungen des kaiserlichen Disziplinarhofes für Reichsbeamte des Schutzgebiets in Berlin und des Reichsdisziplinargerichtshofes in Leipzig im Magen. Er behauptet, daß beide Gerichtshöfe bei seiner Beurteilung von ganz falschen Voraussetzungen und von einer Verkenning der afrikanischen Verhältnisse ausgegangen seien.

Wie wenig stichhaltig dieser Einwand ist, mag aus folgender Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse hervorgehen: Karl Peters, der 1857 als Sohn eines Pastors in Neuhaus a. E. geboren ist, wurde 1890 zum Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika ernannt. Im folgenden Jahre gründete er im Gebiet des Nilmündungsgebietes die Station Marangu. In einer Septembernacht nun wurde im Stationsgebäude ein Einbruch verübt, ohne daß man der Diebe habhaft werden konnte. Dr. Peters ließ darauf bekannt machen, daß der Dieb, falls er sich freiwillig stellen würde, eine milde Strafe treffen sollte. Andernfalls wäre er ein Kind des Todes. Kurze Zeit danach wurde der in Peters' Diensten stehende Neger Mabruk bei einem Zigarendiebstahl abgefaßt. Unter einem scharfen Kreuzverhör brach er zusammen und gestand auch den früheren Einbruchsdiebstahl. Peters ließ seiner grafsamen Ankündigung die Tat folgen und Mabruk wurde durch den Unteroffizier Wiest hingerichtet.

Schon vorher waren Gerüchte aufgetaucht, daß Peters den Mabruk wegen des Diebstahls, als vielmehr, weil er ihn im Verdacht hatte, mit der Negerin Jagobja — einer der Petersschen Konkubinen — im Verkehr gestanden zu haben, zu hart bestrafte. Dr. Peters hatte nämlich von einem Negerhauptide drei Negerprinzessinnen nebst einer schwarzen Dienerin zum Geschenk erhalten, mit denen er zusammenzog. Diese Negerinnen waren eines Tages zu einem Häuptling des Stammes, zu dem die Dienerin gehörte, geflüchtet. Die Herausgabe der Mädchen verweigerte der Häuptling, und Peters rückte daher mit seiner gesamten Truppenmacht vor des Häuptlings Dorf. Da die Herausgabe der Mädchen immer noch verweigert wurde, ließ Peters das Dorf niederbrennen. Erst jetzt schickte der Häuptling die Frauen zurück, die auf Befehl Peters' ausgepeitscht wurden. Der Dienerin gelang es zwar, zu entkommen, sie wurde aber wieder eingefangen, vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Das Kriegsgericht war zusammengesetzt aus Dr. Peters selbst, dem Premierleutnant Freiherrn v. Pechmann und dem Verwaltungsbeamten Jahnke. Die Hinrichtung sollte der Leutnant Bronsart v. Schellendorf ausführen, der sich aber weigerte, weshalb auch hier der Unteroffizier Wiest einspringen mußte.

Wegen dieser Vorgänge wurden gegen Peters alsbald in der Öffentlichkeit die schärfsten Angriffe gerichtet und, aufgefordert, sich zu rechtfertigen, machte er seiner vorgelegten Behörde falsche Angaben. Vor allem warf man ihm vor, daß die Hinrichtung des Dieners Mabruk rein aus persönlichen Motiven erfolgt sei, und zwar nur, weil Mabruk mit den Weibern Peters' intimen Verkehr unterhalten haben sollte. Weibel war es, der 1896 im Reichstag zuerst die Anschuldigungen vorbrachte, und die Folge war, daß Peters vor dem kaiserlichen Disziplinarhof für Reichsbeamte des Schutzgebiets am 24. April 1897 der Prozeß gemacht wurde. Nach eingehender Beweisaufnahme kam das Gericht im Falle Mabruk zu einer Verurteilung und erkannte auf Dienstentlassung. In der Begründung hieß es, daß in der Verurteilung des Mabruk zum Tode ein Dienstvergehen zu erblicken sei. Die Todesstrafe sei in diesem Falle unverschämte und schon ihre Androhung nicht zu billigen gewesen. Das Gericht sei davon überzeugt, daß die intimen Beziehungen des Mabruk zu den Weibern wesentlich zur Fällung dieses harten Urteils mitgewirkt hätten. Dagegen konnte sich der Gerichtshof bezüglich der andern Anklagepunkte, der Durchpeitschung der drei Weiber und der Hinrichtung der Jagobja von einer Schuld des Peters nicht überzeugen, denn die Prügelstrafe sei in Afrika auch an Weibern nicht ungewöhnlich, und im Falle Jagobja hätte wenigstens eine Art Kriegsgericht gesprochen. Dagegen hielt der Gerichtshof im vollen Sinne der Anklage die falsche Berichterstattung durch Peters an seine Vorgesetzten für erwiesen.

Am 15. November 1897 beschäftigte der Fall Peters den Reichsdisziplinargerichtshof in Leipzig als zweite Instanz. Dort wurde die Verurteilung aufgehoben und Peters in volle Dienstentlassung erklärt. In der Begründung wurde festgestellt, daß Peters ebenfalls ein schweres Dienstvergehen begangen habe, dessen schwersten Folgen hätte haben können. Der Angeklagte habe sich die Weiber gegen ihren Willen nicht gehalten und ihre Auspeitschung sei grausam, die Hinrichtung der Jagobja völlig unverschämte gewesen.

Dies der Hergang der Dinge. Peters verließ nach dieser Verurteilung Deutschland, wo ihm außer einigen, leider nur zu zahlreichen Personen, niemand eine Krone nachweinte. Von dem unterrichteten Betrieb Dr. Peters, aber von Gruber her un-

Befruchtung und Vererbung.

Von M. S. Baegle-Friedrichshagen.

(Nachdruck verboten.)

Von den zahlreichen Samenfäden, die sich bei der Vermischung der Geschlechtsprodukte durch pendelnde Bewegung ihres Endfadens der Eizelle nähern, dringt nur ein einziger in sie ein. Die Eintrittsstelle ist kenntlich an einem kleinen gebogenen Fortsatz, dem Empfängnisbügel, welchen die Eizelle nach dem am meisten nahe gekommenen Samenfaden ausstreckt. Anders Samenfäden aber wird sofort der Eintritt unmöglich gemacht dadurch, daß das Ei eine feine aber undurchdringliche Haut gewissermaßen zum Schutz ringsum ausstreckt.

Dem äußeren schließt sich jetzt unmittelbar der innere Befruchtungsvorgang an. Von den drei Abschnitten, die man bekanntlich am Samenkörper unterscheidet, dem Kopfe, dem Mittelstück und dem beweglichen Endfaden, wird der letztere abgeworfen und hat für den weiteren Verlauf keine Bedeutung mehr. Der Kopf dagegen, der das Chromatin, die für den Vererbungsprozess wichtige färbbare Substanz enthält, beginnt sich in der Dotterrinde des Eies zu einem kleinen runden Bläschen, dem Samenkern umzuwandeln und durch Aufnahme von Saft aus dem Ei-Protoplasma allmählich ein wenig an Größe zuzunehmen. Das Mittelstück enthält ein wichtiges Zellorgan, das Centrosom, das bei der Kernteilung trotz seiner verschwindenden Kleinheit eine auffällige und wichtige Rolle spielt. Es wandert nach dem Äquator der Eizelle, und infolge eines von ihm ausgehenden Reizes ordnet sich das in seiner Umgebung befindliche Protoplasma zu einer Strahlenfigur an, etwa so wie Eisenfeilspäne um die Pole eines Magneten.

Interessante Erscheinungen beginnen jetzt am lebenden Ei das Auge des Beobachters in rascher Folge zu fesseln. Der ursprüngliche Kern des Eies und der durch die Befruchtung neu eingeführte Samenkern ziehen sich gleichsam gegenseitig an und wandern mit wachsender Geschwindigkeit durch den Dotter einander entgegen. Der Samenkern verändert rascher seinen Ort, langsamer der Eikern. Bald treffen sich beide in der Mitte des Eies, wo sie von einer gemeinsamen Strahlung, die über den ganzen Dotter sich ausdehnt, eingeschlossen werden. Beide legen sich dicht aneinander, platten sich an der Berührungsfäche gegenseitig ab und verlieren dann ihre Abgrenzung gegeneinander unter Bildung eines gemeinsamen Kernraums. Ei- und Samenkern sind so zum einfachen Keimkern verschmolzen, in dem das Chromatin von der mütterlichen und väterlichen Geschlechtszelle enthalten ist.

Auf Grund dieser Beobachtungen läßt sich jetzt die Befruchtung als die Vereinigung zweier Zellen definieren, die von einem männlichen und einem weiblichen Individuum abstammen. Das wesentliche hierbei ist aber offenbar die Vereinigung von Ei- und Samenkern. Daß es sich hierbei um ein allgemeines biologisches Naturgesetz handelt, zeigt die Tatsache, daß dieselben Vorgänge in allen Klassen des Tier- und Pflanzenreichs festgestellt worden sind. Mit der Erkenntnis dieser Kernvermischung der Geschlechtszellen wird zugleich die Erscheinung, daß die Kinder ihren beiden Erzeugern gleichen, unserm Verständnis näher gerückt. Sie gleichen beiden, weil sie aus der Substanz von Vater und

Mutter oder mit andern Worten, aus der Vereinigung einer väterlichen und einer mütterlichen Anlage hervorgegangen sind. An diesem Punkte geht das Problem der Zeugung und Befruchtung in das schwierigste aller Probleme, in das Problem der Vererbung über.

Wenn die Kerne der Ei- und Samenzelle durch den sogenannten Befruchtungsvorgang zu einem Keimkern verschmolzen sind, teilt sich dieser Keimkern wieder und mit ihm auch die Eizelle, in die er eingeschlossen ist. Es entstehen zwei Zellen mit je einem Kern, diese teilen sich wieder, und so geht es fort: die Entstehung eines neuen Individuums ist damit eingeleitet.

Bevor es aber zur Verschmelzung der Kernkörper kommt, gehen mit dem Chromatin des Einzelkerns ganz eigenartige Prozesse vor. Mit dem Moment, da die Samenzelle in die Eizelle eingedrungen ist, wandelt sich das Chromatin in einen langen, knäuelartig gewundenen Faden um, der darauf durch Querteilung in eine ganz bestimmte Anzahl von Stäbchen oder Schleifen, die sog. Chromosomen, zerfällt. Diese Chromosomen, deren Anzahl bei den verschiedenen Tieren verschieden ist, bei ein und derselben Tierart aber immer dieselbe bleibt, und die bei einem Seeigel z. B. vier beträgt, teilen sich der Länge nach in zwei gleiche Hälften. Von diesen wird dann durch einen eigenartigen Vorgang, auf den wir nicht näher eingehen können, die Hälfte nach außen abgestoßen. Dieser Prozeß, der als Reduktionsteilung bezeichnet wird, findet an der zurückgebliebenen Hälfte der Eikern-Chromosomen noch ein zweites Mal statt, so daß zuletzt nur noch 2 von den ursprünglich 8 vorhandenen Chromosomen übrigbleiben. Das ist aber genau dieselbe Anzahl von Chromosomen, die wir in dem Samenzellkern finden, und der zweimal wiederholte Prozeß der Reduktionsteilung dient dazu, um dieses wichtige Resultat zu erreichen, durch das vermieden wird, daß in der befruchteten Eizelle durch Hinzukommen der Chromosomen der Samenzelle doppelt so viel Chromosomen vorhanden sind, als in den übrigen Zellen der betreffenden Lebewesenart. Nachdem sich dann die Kerne der Ei- und Samenzelle, so wie wir es oben bei Schilderung des Befruchtungsvorgangs angegeben, dicht aneinander haben, stellen sich die Chromosomen beider genau untereinander auf und spalten sich dann jedes der Länge nach in zwei gleiche Hälften, in die beiden Tochterchromosomen. Mit Recht wird hierin die eigentliche Aufgabe der komplizierten Kernteilung erblickt. Denn die beiden Hälften weichen jetzt nach entgegengesetzten Richtungen auseinander und liefern die Bestandteile, die nach der Durchschneidung der Keimzelle in zwei Hälften in jeder die Grundlage für einen Tochterkern abgeben. Dieser kehrt alsdann wieder zur Bläschenform zurück.

Aus dem Chromatinnetz der Samen- wie der Eizelle entstehen in der oben besprochenen Weise Chromosomen, und zwar dieselbe Anzahl im Samen- wie im Eikern. Man kann daher ihr Schicksal bei den weiteren Teilungsvorgängen leicht verfolgen und feststellen, daß von den Chromosomen der durch Vereinigung des Samen- und Eikerns entstandenen Keimzelle die eine Hälfte vom Eikern, die andre vom Samenkern stammt. Da nun die Chromosomen vor beginnender Selbstteilung der Keimzelle sich ihrer Länge nach spalten und ihre Spaltprodukte, die Tochterchromosomen, sich in der besprochenen Weise voneinander trennen und schließlich in den

Aufbau der Tochterkerne der neuen beiden Zellen übergehen, so ist in diesem Falle der unumstößliche und wichtige Beweis geführt, daß beim ersten Teilungsschritt des befruchteten Eies dem Tochterkern in jeder Teilhälfte genau die gleiche Menge Chromatin vom Eikern wie vom Samenkern zugeführt wird. Derselbe Vorgang wiederholt sich wahrscheinlich auch bei jedem späteren Teilungsschritt, so daß schließlich der Kern jeder Gewebezelle aus gleichen Mengen des durch Wachstum sich vermehrenden Chromatins mütterlicher und väterlicher Abstammung zusammengesetzt ist.

Der Vorgang der Chromatinverteilung muß eine besondere Bedeutung haben. Die minutiöse Genauigkeit, mit der er sich abspielt, deutet darauf hin, daß hier etwas geschieht, das für den Organismus sehr wichtig und wesentlich ist. Man hat sehr bald vermutet, daß die Substanz, die so sorgfältig verteilt wird, das Mittel sei, durch das der werdende Organismus in seiner Eigenart bestimmt werde. Im Chromatin glaubt man die materielle Grundlage dafür vor sich zu haben, daß sich die Eigenschaften von einer Generation auf die andre übertragen. Man bezeichnet daher die Chromosomen als die Vererbungsträger und das Chromatin als die Vererbungssubstanz. Daß die Chromosomen wirklich die Vererbungsträger darstellen, ist auch durch Experimente, die man an Seeigelnern gemacht hat, bewiesen. Wurden dem Kern der Keimzellen einige Chromosomen geraubt, so entstanden jugendliche Tiere der betreffenden Art, denen gewisse Organe und Eigenschaften fehlten. Das läßt sich aber nur so verstehen, daß die vollständige Übertragung der Artcharaktere an eine bestimmte typische Zahl und Kombination von Chromosomen gebunden ist. Die Chromosomen sind also die letzten unter sich verschiedenen materiellen Grundlagen für die Übertragung der elterlichen Eigenschaften auf das Kind. —

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zu Halle a. d. S.

m. g. Am Sonntag den 23. Juni fand im „Wintergarten“ zu Halle a. S. die sechste Generalversammlung des Krankenversicherungsverbandes Sachsen-Anhalt unter zahlreicher Beteiligung statt. Vertreten waren 72 Kassen durch 118 Delegierte, die 108 285 männliche und 85 802 weibliche Mitglieder vertraten. Außerdem war der Krankenversicherungsverband zu Halle a. S., dem 19 500 Mitglieder unterstehen, die aber in den vorstehenden Zahlen mit einbegriffen sind, durch zwei Delegierte vertreten, ferner die dem Verband noch nicht angegeschlossene Ortskasse zu Gräfenhainichen durch zwei Delegierte und das Kartell Längermünde durch einen Delegierten.

Seitens der Hallischen Krankenassen resp. des Ortskrankenkassenverbandes zu Halle wurden die Delegierten durch dessen Vorsitzenden, Herrn Hehn-Halle a. S., begrüßt, der den Verhandlungen besten Verlauf wünschte zum Wohle der Kassen wie der Versicherten. Nachdem eröffnete der Vorsitzende des Verbandes Sachsen-Anhalt, Herr Brandes-Magdeburg, die Generalversammlung und hieß außer den Delegierten auch die Referenten willkommen und hofft, daß die Delegierten aus den Referaten viel Belehrendes mit nach Hause nehmen möchten. Da die diversen Behörden, Vorstand der Landesversicherungsanstalt, Ober- und Regierungspräsident bisher niemals einen Vertreter entsandt, habe man dieses Jahr von offiziellen Einladungen bis auf den Magistrat zu Halle a. S. abgesehen. Wer auch von hier war niemand erschienen. Nachdem die übliche Geschäftsordnung festgestellt war, wurde mit großer Majorität beschloffen, in diesem

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreher.

(60. Fortsetzung.)

Im Augenblick fiel die Nebelwand vor Passens geistigen Auge, die seine dunkle Ahnung noch immer verhüllert hielt. Er sah Ottis groß aufgerissene Augen, in denen spannend die Erwartung lag; er fühlte das ganze Unheimliche dieser Minute, das ihn selbst tief erregte; er glaubte plötzlich den Schlüssel gefunden zu haben zu dem trügerischen Märchen, das Dulkers ihnen aufgetischt hatte, aber sofort entsann er sich auch, daß er ihm das Versprechen gegeben hatte, nicht diesen Namen zu seiner Tochter zu nennen. Nun hatte er es doch getan, in der Bergeglücklichkeit des Augenblicks. „Sie haben mich falsch verstanden, gnädiges Fräulein,“ fügte er rasch hinzu. „Ich meinte einen ganz andern Namen. Es handelt sich um ein Rennpferd.“ Er fand diese Ausrede selbst so brutal und lächerlich, daß er nicht mehr wagte, ihr in die Augen zu blicken, sondern beschämt sich abwandte.

Das „Hallo“ der Künstlerfamilie war groß. Der Direktor dienerte und deckelte dankerfüllt. So etwas von starkem Manne sei ihm noch nicht vorgekommen, ein Athlet sei ja der reine Waisentnachbar dagegen.

„Engagieren Sie mich nur nicht gleich,“ wehrte Dulkers ihn ab. „Da Sie mir ohne Zweifel einen Vorstoß gegeben hätten, so erlauben Sie wohl, daß ich Gleiches mit Gleichem vergelte. Hier, stecken Sie das dem Nachwuchs in die Sparsbüchse.“ In seiner Großmut überreichte er ihm verschiedene Markstücke, die er aufs Geratewohl aus seinem Portemonnaie gegriffen hatte.

Der Direktor lag fast auf der Nase. Durch den Kreis der Kinder drängte sich die Alte. Das Klagen des Geldes hatte sie gierig gemacht, und so wandte sie sich nun an Otti mit der Frage, ob sie dem gnädigen Fräulein die Zukunft enthüllen solle. Otti streifte lächelnd das Glace ab, und die Alte stakete die Nase in die Handfläche.

„Sie haben die beiden Glücksklinen, die oben spit zusammenlaufen,“ krächte sie abermals. „Sie werden bald mit einem jungen Herrn Arm in Arm gehen, aber ein dunkler Schatten fällt über den Kreuzweg.“

„Das kann jeder sagen,“ unterbrach sie Dulkers unwillig. „Schluß, Schluß. Wir geben auf solchen Ritt nicht viel. Alles hübsch ausgedacht.“ Mergelich sagte er abermals in die Tasche.

Die Alte hielt seine Hand fest, und wie unbewußt ließ er es geschehen, daß sie auch ihm zu deuten begann. „Zu Dir sage ich Du, denn Du glaubst nicht an meine Kunst,“ kam es geifernd aus ihrem zahnlosen Munde.

„Aber Spulchen, vergiß Dich doch nicht,“ unterbrach sie der Kleine.

Sie aber fuhr unbeirrt fort: „Du bist stark genug, um uns alle totschlagen zu können, aber ich sage Dir, — ein Kind wird Dich zu Fall bringen. Denn die kleine Unglückslinie kreuzt Deine große Lebenslinie. Alles, was der Mensch tut, ob Böses oder Gutes, geschieht durch seine Hand.“ Und Gott hat es so gewollt, daß die Linien sich danach richten. Deshalb liegt in der Hand die Wahrheit.“

„Was Du nicht alles weißt,“ sagte Dulkers gedehnt. Er schaute sich hinweg, denn er wollte nicht mehr hören. Ein Lachen markierend, setzte er sich mit den übrigen in den Sesseln.

„Was sagen Sie dazu?“ fragte Otti Luz, der bereits wieder im Sattel saß.

„Schaden tut es ja nicht, wenn man sich's merkt, mein verehrtes Fräulein Otti. Vielleicht geht's doch mal in Erfüllung. Manchmal hat die Rechte ja schon getan, was die Linie nicht konnte. Vielleicht, weil man sie von Jugend auf nicht daran gewöhnt hat.“

Dulkers verstand, was er damit meinte. Unter der Felledecke hatte er die Hand. Wenn er alle Erlebnisse heute zusammenfaßte, mußte er wieder darauf zurückkommen: es war kein vergnügter Tag für ihn.

Der Schlitten flog über den Schnee, und der Graf bemühte sich, die nötige Richtung an ihm zu halten. Große

Floden fielen zur Erde nieder und wischten den letzten Lichten Schein vom Himmel. Hinten sah man den Schmierewagen nur wie einen dunklen Punkt auf der langen Schneelinie, die leuchtend die Fährte gab. Während alle im Schlitten schwiagen, wie beängstigt in einer Gedankenwelt, mo lautes Sprechen verpönt ist, erklang leise und einträufelnd das helle Glockenspiel der Pferde.

IV.

Am andern Vormittag begrüßte Dulkers Luz feierlich mit der früheren Höflichkeit in seinem Kontor. Mit keinem Worte kamen sie auf den Vorgang vom vergangenen Tage zu sprechen. Der Graf fand die Gentry Clay wieder bereit und auch den Sherry, durch dessen Genuß er seine Neben so gern belebte. Es machte auf ihn den Eindruck, als verjagte Dulkers mit einer gewissen Absicht alles auszubieten, sich von der liebenswürdigsten Seite zu zeigen. Seine Bereitwilligkeit, auf alle geschäftlichen Vorschläge einzugehen, wirkte sogar verblüffend auf Luz. Es handelte sich nicht nur um die Hypothek in Höhe von 500 000 Mark, die dem Grafen plötzlich gekündigt war und wofür er Ersatz schaffen mußte, sondern auch um weitere 100 000 Mark, die er dringend bedürfte.

„Ich habe mir eben die Sache gründlich beschlafen, Herr Graf,“ jagte Dulkers. „Für die hunderttausend Mark könnte ich mich natürlich erst entscheiden, nachdem ich mir an Ort und Stelle einen genaueren Ueberschlag gemacht haben werde. In Lutzfelde ist ja vorläufig für mich nichts zu holen. Sie kennen ja meine Ansicht darüber. Wer auf Ostendorf rechnet, ich noch gut mit fünfzigtausend Mark, der Schlag dürfte nicht schlecht werden. Er gehört Ihnen doch noch, der Buchenwald?“ fügte er rasch hinzu.

Luz mußte ihm gestehen, daß seine Hypothekengläubiger auf Ostendorf gegen jeden neuen Schlag Einspruch erheben würden. Die Ertragnisse des Gutes seien in den letzten Jahren sehr zurückgegangen, und so biete der Waldbestand den größeren Teil der Sicherheit. Dulkers geriet keinen Augenblick in Erstaunen, denn er war von allem bereits

Jahre die Verhandlungen auf 2 Tage auszudehnen, zumal drei Referate vorgelesen waren.

Zunächst hielt nun Herr Stadtrat v. Frankenberg-Strainschweig ein namentlich für die Krankenkassenverwaltungen sehr wichtiges Referat über die gesetzlichen Ansprüche der Armenverbände aus § 57 des Krankenversicherungs-Gesetzes den Krankenkassen gegenüber. Der Referent vertrat es, diese schwierige Materie in feiseltender Weise vorzutragen, dabei die gesetzlichen Bestimmungen an der Hand von Gerichtsentscheidungen erläutern. Nebenher bekannte sich zu dem kleinen Häuflein, das auf dem Standpunkt steht, daß seitens der Verwaltungsbehörden den Kassen so wenig wie möglich Schwierigkeiten zu bereiten seien, zumal die Armenverbände und die Kassen bei dem § 57 häufig aufeinander angeklagen seien. An der Hand von Beispielen aus der Praxis zeigte Herr v. Frankenberg weiter, wie Kassen und Armenverbände ihre Rechte wahrzunehmen hätten, ferner redete er der Erweiterung des Verwaltungsverfahrens das Wort und wünschte überhaupt die Aufhebung des ordentlichen Rechtswegs (also Klagen vor den Amts- resp. Landgerichten). Zum Schluß gab er dem Wünsche Ausdruck, die Tätigkeit der Armenverbände möge zugunsten der allgemeinen Arbeiterfürsorge immer mehr zurücktreten. Man dürfe keinen Schritt rückwärts gehen, sondern immer vorwärts möchte sich die sozialpolitische Gesetzgebung zum Wohle der versicherten Bevölkerung wie der Kassen gestalten. Am das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine lebhaft Diskussion, in welcher dem Referenten mehrere Fragen vorgelegt wurden, die er in zufriedenstellender Weise sofort beantwortete.

Der Bericht des Vorstandes lag gedruckt vor. Aus ihm entnehmen wir u. a. folgendes: Dem Vorstand lag zunächst ob, die Beschlüsse der letzten Generalversammlung zur Ausführung zu bringen. Das ist geschehen, nur nicht immer mit dem gewünschten Erfolg. Das letzte Protokoll, welches den Kassen in je drei Exemplaren zugegangen ist und welches u. a. auch wertvolle Arbeiten des Mandanten Wendlandt-Magdeburg enthält, z. B. über das Ergebnis der Jahresberichte pro 1905 und den Vereinheitlichungsgesetzformulare, wurde vielfach auch von anderer Seite verlangt; in einem Falle sogar vom Ausland. Der Antrag des Verbandes Sachsen-Anhalt betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Festsetzung der ordentlichen Tagelöhne wurde vom Vorstand auf der Düsselborfer Jahresversammlung der deutschen Ortskrankenkassen vertreten. Die vom Verband beantragte Resolution Weims erfuhr in der Debatte eine Erweiterung und wurde dann einstimmig angenommen. Seit der Tagung in Erfurt ist dieser Gegenstand in Reichsrat und Tagungen wiederholt behandelt worden. Auch der Antrag des thüringischen Verbandes betreffend Abänderung der § 25 und 26 des Gewerbeunfallversicherungs-Gesetzes und der § 30 und 31 des Unfallversicherungs-Gesetzes für Land- und Forstwirtschaft, den der Verband auf Beschluß der Erfurter Generalversammlung zu unterstützen hatte, wurde in Düsseldorf angenommen. Ferner wird auf die in Düsseldorf behandelte Frage der Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der Kassenbeamten hingewiesen. An den Vorberathungen in einer Kommission hat auch ein Vertreter des Verbandes teilgenommen. Das Resultat war die Schaffung einer Tarifgemeinschaft zwischen den beiden Organisationen der Kassenbeamten und dem Zentralverband der Ortskrankenkassen Deutschlands. Auf die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt bezogen sind zwei Anträge bzw. Beschlüsse der Generalversammlung zu Erfurt, und zwar: 1. die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt ist aufzufordern, die Erhebung der Beiträge für die Invalidenversicherung der Ortskrankenkassen zu übertragen und 2. den Beschlüssen der unteren Verwaltungsbehörden bei Abgabe von Gutachten betreffs Bewilligung von Renten usw. mehr Beachtung zu schenken. Auf diese, mit einer streng sachlichen, ausführlichen Begründung versehenen Anträge erhielt der Vorstand folgenden Bescheid: Die Frage, ob die Erhebung der Beiträge für die Invalidenversicherung sowohl im Interesse der Versicherungsanstalten als der Allgemeinheit zweckmäßiger im Wege des Einzugsverfahrens durch die Krankenkassen pp. oder durch direkte Entziehung seitens der Arbeitgeber geschieht, ist für uns schon seit Jahren Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. Wir sind dabei — auch auf Grund der Erfahrungen, welche andere Versicherungsanstalten mit dem Einzugsverfahren gemacht haben, — zu der Ueberzeugung gekommen, daß für den Bezirk unserer Anstalt das jetzige Verfahren der direkten Entziehung der Beiträge durch die Arbeitgeber den Vorzug verdient. Die Gründe für unsere Stellungnahme haben wir in den Anschließungsprotokollen vom Jahre 1905 und 1906 auf einen Antrag von Vertretern der Versicherer eingehend dargestellt und glauben wir schon deshalb von einer weiteren Erörterung der Angelegenheit absehen zu sollen. Zu dem ferner an uns gestellten Ersuchen, den Gutachten der unteren Verwaltungsbehörden bei der Bewilligung von Renten Beachtung zu schenken, was zu äußern, müssen wir ablehnen, da eine Erörterung dertätiger, lediglich innerer Angelegenheiten der Versicherungsanstalt

betreffender Fragen unserer Ansicht nach weit über den Rahmen der den Krankenkassen zugeordneten Aufgaben hinausgeht.

Weiter bespricht der Bericht die Zunahme des Vermögens der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und weist darauf hin, daß die Versicherungsanstalt mit ihrer Einnahme von den 40 Versicherungsanstalten Deutschlands an siebenter, dagegen mit den Ausgaben für das Heilverfahren erst an achtzehnter Stelle komme. Noch schlimmer wird dies Verhältnis, wenn man den Kostenaufwand der 40 Versicherungsanstalten usw. für die Heilbehandlung auf je 100 000 Mark der Einnahmen berechne. Während auf je 100 000 Mark Einnahmen in Berlin 18 142 Mark, die Hansestädte und Baden je 11 000 Mark, Thüringen 10 768 Mark usw. Ausgaben für Heilbehandlung kommen, beläuft sich diese Summe bei unserer Versicherungsanstalt auf nur 2 726 Mark 94 Pf.; wir stehen damit an 38. Stelle. Auch ein Vergleich der zuerkannten Renten für 1906 und 1903 findet sich im Bericht. 1903 wurden z. B. in Sachsen-Anhalt noch 8557 Renten, 1906 dagegen nur noch 5226 bewilligt. Weiter werden in dem Bericht die Konflitte der Weissenfelder Kassen mit den dortigen Ärzten erwähnt, ferner die Errichtung von einem Duzend weiterer Betriebsstätten derselben. Der Verband wurde bei einem Konflikt der Maurer-Ortskrankenkasse zu Weissenfels um Schlichtung und weiter von den Leitern der Krankenkassenbewegung in Naumburg und Langensalza um persönliche Mitwirkung ersucht, dem auch entsprochen worden ist. Die Zentralisation der Kassen macht in einzelnen Orten, z. B. Langensalza, Coswig, Naumburg, Merseburg, Mühlhausen in der Weisse Fortschritte, als sich dort kleinere Kassen auflösen und den größeren Kassen anschließen. Weiter ist ein Aufruf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten verbreitet worden; auch sonst weist der Bericht auf die Anschaffung empfehlenswerter Schriften resp. Protokolle hin. Die Einnahmen des Verbandes belaufen sich auf 1318,04 Mk., dem eine Ausgabe von 792,84 Mk. gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt 526,20 Mk.

Herr Tielich von der Magdeburger kaufmännischen Kasse berichtet, daß diese Kasse die Rechnung geprüft und alles in bester Ordnung befunden habe. Dem Kassierer sei somit Decharge zu erteilen, was einstimmig geschah. Herr Scheffke-Beißer klagt sich über das geringe Entgegenkommen des Fiskus betr. Ueberlassung eines geeigneten Terrains zur Errichtung einer Wald-Heilungsstätte, Herr Wendlandt-Magdeburg geht auf den § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes betr. Uebernahme des Heilverfahrens ein, während Herr Thier-Galle und Herr Stadtrat v. Frankenberg der Einführung des Einzugsverfahrens durch die Krankenkassen das Wort reden. Letzterer betont ausdrücklich, daß die Braunschweiger Anstalt damit seit 16 Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht habe. Herr Hellboigt-Galberstadt geht ebenfalls auf das Einzugsverfahren ein, ferner auf die Berufsvereinschaften, die mitunter recht lange auf die Ueberweisung der Rente warten lassen, Herr Wendlandt-Magdeburg unterzieht das Verhältnis der Krankenkassen zur Unfallversicherung resp. Berufsvereinschaften einer kurzen Betrachtung, während Herr Junghans-Weissenfels an der Hand eines Aktenbündels über vorgekommene Scherereien mit der dortigen Aufsichtsbehörde klage führt.

Nach weiterer Diskussion, an welcher sich die Herren Seyn-Galle, Brandes und Wendlandt-Magdeburg, Freuring-Vernburg, Pistorius-Magdeburg, Thier-Galle beteiligten und bei welcher es sich um eingegangene Anträge handelte, fanden folgende Anträge Annahme:

1. Die heutige Generalversammlung erklärt sich im Prinzip mit dem Antrag Halle, wonach der Vorstand für den Abschluß von Arztverträgen eine der Organisation der Ärzte entsprechende Einrichtung dergegestalt zu treffen habe, daß dem Vorstand der Ärztekammer, dem Vorstand des Ärzteverbandes und den Bezirks- und Kreiscommissionen der Ärzte entsprechende Kreis- und Bezirkscommissionen usw. der Krankenkassen gegenüberstehen, im Prinzip einverstanden und überweist ihn zur weiteren Erörterung über die praktische Durchführung der Generalversammlung des Zentralverbandes der Ortsklassen zu Mannheim. Der Vorstand hat jedoch das diesbezügliche Material umgehend zu sammeln und es den Kassen zur Verfügung zu stellen.
 2. Der Vorstand ist zu beauftragen, sich mit auf dem Gebiete der Krankenversicherung erfahrenen Rechtsanwältinnen in Verbindung zu setzen, damit solche gegebenenfalls den Vorständen der Verbandsklassen Rechtsbeistand leisten, wenn die Aufsichtsbörden auf Grund des § 42 und 45 des Krankenversicherungsgesetzes in die Rechte der Kasse eingreifen.
 3. Auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung ist zu setzen: Die gesetzlichen Ansprüche der Krankenkassen den Berufsvereinschaften gegenüber.
- Als Ort für das nächste Mal Magdeburg gewählt. Als Beisitzer für die Arbeiter wird Herr Böhm, für die Arbeitnehmer die Herren Pistorius und Deimar, als Stellvertreter Schenk, Arbeitgeber, und Schilling und Kies als Arbeitnehmer bestimmt.
- Die nächste Generalversammlung soll in Bernburg tagen.

Soziales.

„Was ist Sozialpolitik?“ Diese Frage beantwortet ein Junfermann, die „Schlesische Zeitung“ folgendermaßen: Sozialpolitik ist, wenn einer bestimmt, daß ein zweiter einem dritten etwas schenkt, wofür dieser nicht zu danken braucht, vielmehr das Recht hat zu schimpfen, daß das alles noch viel zuwenig sei. Der erste, das ist der Gesetzgeber, der aus der eignen Tasche das wenigste zuschießt; der zweite ist der steuerzahlende Bürger, der den Schaden bezieht; der dritte ist der Arbeiter, der so gut wie keine Steuern zahlt.

Weiter kann die Unterschämtheit nicht mehr getrieben werden. Allein an indirekten Steuern zahlt eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen bei 1000 Mark Einkommen 80 Mark Steuern, also 8 Prozent, während der Reichste an direkten Steuern höchstens 5 Prozent bezahlt und durch die indirekten Steuern nicht entfernt so belastet wird wie der Arbeiter. Über trotzdem, der Arbeiter bezahlt keine Steuern, erhält vielmehr noch etwas geschenkt.

Ein entsetzlicher Preisverfall. Die Knappheits-Berufs-gesellschaft in Bochum hat den Ärzten ein Verzeichnis zugehen lassen, nach dem hinford die „Rente“ zu bemessen ist. Dieses Kulturdocument lautet:

Arme und Bekme.	Erwerbsverminderung %
a) Beine:	
Oberschenkel	75
Unterschenkel in solcher Höhe, daß Prothese die Kräfte vermindert	66%
Unterschenkel, Fuß	50
Fuß mit Erhaltung der Ferse zum Auftreten	33%
b) Arme:	
rechts ganzer Arm, Unterarm, Hand	66%
links ganzer Arm, Unterarm, Hand	60

Finger und Fingerglieder.	
1. Daumen:	
rechts ganzer Daumen	25
rechts Nagelglied	0
links ganzer Daumen	20
links Nagelglied	0
2. Zeigefinger:	
rechts ganzer Zeigefinger	20
rechts 2 Glieder	10
rechts Nagelglied	0
links ganzer Zeigefinger	15
links 2 Glieder, Nagelglied	0
3. Mittelfinger:	
rechts ganzer Mittelfinger	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied	0
links ganzer Mittelfinger	10
links 2 Glieder, Nagelglied	0
4. Ringfinger:	
rechts ganzer Ringfinger	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied	0
links ganzer Ringfinger, 2 Glieder, Nagelglied	0
5. Kleinfinger:	
rechts ganzer Kleinfinger	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied	0
links ganzer Kleinfinger, 2 Glieder, Nagelglied	0

Der „Zweck der Uebung“ ist, den Arbeitern die Renten, die sie bisher für den Verlust einzelner Fingerglieder erhielten, auch noch zu entziehen, damit die Herren Grubenproben, in deren Dienste die Bergleute verkrüppeln, nicht zu stark belastet werden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Zum Kampf im Berliner Baugewerbe. In einem Teil des Kampfgebietes ist der Frieden schon zu gunsten der Arbeiter eintreten. Auf den vielen Bauten der neuen Villenkolonien Behlendorf-West, Nikolajee, Schlachtensee wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die dort in Frage kommenden Unternehmer haben eine Vereinigung gebildet und mit den Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter einen korporativen Arbeitsvertrag abgeschlossen, in dem die neuen reduzierten Forderungen der Arbeitnehmer bewilligt sind. Zu den neuen Arbeitsbedingungen sind dort etwa 300 Maurer, 150 Zimmerer und 200 Bauhilfsarbeiter in Arbeit getreten.

Der Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter beschäftigte sich am Montag in drei stark besuchten Versammlungen mit der gegenwärtigen Lage des Kampfes. Die Referenten bezeichneten die Situation als äußerst günstig für die Arbeitnehmer. Nach der neuen Bautenkontrolle seien jetzt schon 699 Verträge zu den neuen Bedingungen abgeschlossen worden. Darunter seien auch zwei neue Verträge von Mitgliedern des Verbandes der Baugeschäfte, so daß von diesen schon 25 bewilligt hätten. Zu den neuen Bedingungen arbeiteten 3647 Maurer, 2947 Zimmerer und 3355 Bauhilfsarbeiter, im ganzen also 9949 Arbeitnehmer. Von Streik und Aussperrung betroffen

unterrichtet. Eine Weile überlegte er, dann meinte er, daß es ihm vielleicht doch noch möglich sein werde, die hunderttausend Mark aufzufinden zu geben, natürlich unter gewissen Bedingungen. Er mußte sich erst ganz genau orientieren, ob das Gut nicht jetzt schon überlassen sei. Die Ausnutzung des größeren Teiles der Waldbestände sei ihm auf lange Jahre hinaus verpfändet. Der werde da noch hunderttausend Mark oder noch mehr a fonds perdu hinauswerfen, wenn er Kenntnis von dieser Sachlage habe! Er wollte ganz genau, daß Lutzfelde früher als eine Musterwirtschaft gegolten habe, daß aber dort jetzt nicht mehr alles so sei, wie es sein mußte. Durch gewisse Veränderungen zeigte sich seiner Kenntnis.

(Fortsetzung folgt.)

Rosen.

Sie haben viel erdulden müssen, die königlichen Blumen! Ich bin nämlich so dumm gewesen, auf ein sogenanntes Rosenfest zu gehen. Schon auf dem Wege nach dem Festsaal bekam ich einen Borgehmad. Kleine Gärtnerjungen schleppten in letzter Stunde Maßkörbe voll zusammengepreßter geschnittener Rosen durch die Garderobe. Der reinste Rosenkavalier. Der Saal war mit Menschen gefüllt und es roch nicht nur nach Rosen. Ihre Duftwolken führten zwar einen edeln Kampf gegen Schwärzlinge und Staub, aber die Hitze überdeckte ihre Rechte auch von dem schönsten „Abstrich“, wie es gewöhnlich in den spannenden Romanen heißt; und so viele Menschen zusammengepreßt sind, kann es eben trotz aller Blumen unmöglich gut riechen. Eine kräftige Duftwolke überdeckte in den schmalen Broden kleine Ueberall Rosen — Rosen — nichts als Rosen. In kleineren Verandas waren sie buidweise angeordnet, mit Eisenkräften an Girlanden gebunden, und in den Freieren bereit vom hochwohlgeborenen Ewig-Weiblichen mit Haarzweigen und ihren Kleidern mit Nadel und Faden besetzt. Ich weiß nicht, ob ein Befehl geschlossen werden sollte, wer am meisten

Rosen an sich hängen könnte, aber es schien so. Die kleinen Mädchen mit ihren Rosen in den offenen Haaren waren fort und mit ihnen alle Anmut. Sie hatten gleich zu Anfang des Festes einen Reigen tanzen dürfen und waren dann nach Hause geschickt worden. Es waren zumeist freckplapperige Großstadtkinder mit hochmütigen Mäuschen, aber es waren Menschenkenntnis, und die Blumen fühlten sich wohl bei ihnen.

Aber jetzt! Da war die gewichtige Frau Kommerzienrat Soundso mit dem Dragonerjünger und dem Gesicht einer reitenden Hengstgattin. Ihre schwarzseidene Robe war mit mindestens einem Kilo dunkelroter Rosen belastet. Die Frau Ingenieur Soundso, deren Fettwülste beim Gehen förmlich Wellen schlugen, hatte ihre fünfzig Jahre mit einem weißen Spitzenkleid verhüllt und ihren Verjüngungsversuchen die Krone in Form eines Kranzleins aus La France-Rosen aufgesetzt, das sie auf dem weißgeputzten Kopfe mit dem dicken kurzen Nacken trug. Ein adliges Knochengerüst mit unaussprechlich bornehm herabgezogenen Rundwinkeln hatte ihre violette Seidenrobe mit Teerrosen garniert, die melancholisch an ihr herum baumelten. Die noch heiratensbestimmten jüngeren Töchter Eva, die vor schwerersternden Leutnants oder etwas blöden Professoren die Siebzehnjährigen spielten, luden die Rosen ihres Liebreizes zwar teilweise mit eignen Mitteln zu bestreuen, ohne sich gänzlich auf die Rosen zu verlassen. Aber eines war unverkennbar: Die Jungen wollten jünger und die Alten wenigstens jung erscheinen. Gefascheln von Rosen waren gepuffert worden, um eine Massenverwirrung zu verursachen. Was diesen an Langeweile und zuviel Geld laborierenden Weibern jüngerer und älterer Daten an natürlicher Grazie oder frauenhafter Würde fehlte, das sollte durch die armen Blumen beigegefärbt werden. Da keine von ihnen mit Anmut jung oder mit Anstand alt zu sein vermochte, so klammerten sie sich an die Rosen als letztes Rettungsmittel.

Aber wie sie sich rächten, die Rosen! Sie trieben offenen Spott mit der dicken alten und dummen Gesichter, sie lachten und lüchelten in den gelassen und geschäftigen, edlen und

falschen Haaren. Und als sie sich zu Tode gelacht, dann hingen ihre welken Blumenleichen so häßlich um die Köpfe, daß sie alle noch älter erschienen als sie waren. Nach einer Stunde war aus dem Rosenfest ein Leichenfeld von Blumen geworden. Wie viele wohlgezogene Jünglinge mit Anwartschaften auf gute Stellungen bei dieser Gelegenheit auf der Straße geblieben sind, weiß ich nicht. Aber es ist immerhin anerkennen, daß man, um den Charakter dieses öffentlichen Rosenheiratbureaus zu verdecken, zugunsten der Armen auch Champagner getrunken und Wohlthatigkeitsbasare in Betrieb gesetzt hat. Man darf heutzutage „die soziale Seite“ nicht vergessen. Das gehört zum guten Ton.

Droben am Berge ist ein kleiner Garten zwischen dem Wald und mit der Aussicht auf die Stadt; ein schmaler Streifen Erde, mit dem ich tun kann, als ob er mir gehörte. Dort habe ich mich vom Rosenfest erholt. Die Büsche dürfen dort ohne Furcht vor der Gartenschere wachsen, die Ranken sich schlingen, und der Esen spinnen, wie sie wollen, wenn sie's nicht gar zu wild treiben. An einem kleinen von Akazien umstandenen Plätzchen ist eine Bank. Wie oft sind mir da alle Sorgen und Klagen an diesem Plätzchen aus dem Herzen gewichen! Die Mondfischel scheint durch die dort gedrehten Blätter des Razendaches, aus dem wie ein busternder Regen der weiße Blütenzierat fällt. Wir leben in den längsten Tagen, und statt des schwarzen Nachtflores liegt ein blauer Schleier über der schlummernden Welt. Worn am Gartenrand stehen blühende Rosenbüsche und schlauke hohe Rosenbäumchen. Man kann ihren Duft fast trinken. Aus dem hohen Lied des Königs Salomo klingen mir die Berge im Ohr:

Mein Freund ist mein und ich bin sein, der unter den Rosen weilt.
Ich will zum Berg der Myrrhen und zum Weihrauchbügel gehen, bis der Tag kühlte werde und der Schatten weiche.
Stehe auf, Nordwind, und wehe Südwind; wehe durch meinen Garten, daß seine Würze tiefen.
So sitze ich auf meiner Bank im Raucher, der Frühling kommt und werde jung.

Jelen noch 6151 Maurer, 2286 Zimmerer und 5449 Bauhilfsarbeiter, im ganzen also 13 886 Arbeitnehmer. Der Kampf wurde auch nach dem 1. Juli mit aller Schärfe fortgesetzt; es ist nicht zu bezweifeln, daß die Wiedereinstellung der Arbeitswilligen ihm eine entscheidende Wendung zugunsten der Unternehmer geben werde. Die durch den Kampf im Baugewerbe in Mitleidenhaft gezogenen Rohwollspinnler und Holzwerker, Eisenleger und Steinholzleger haben beschloffen, zur Unterstützung ihrer durch den Kampf arbeitslos gewordenen Mitglieder von jedem weiterarbeitenden Organisationsmitglied eine Entschädigung von 50 Pf. pro Tag zu erheben.

Kampf bis aufs Messer. Mit welchem Terrorismus die Arbeitgeber Lohnkämpfe führen, davon zeugt dieses Dokument:
Bremen, 20. Juni 1907.

An unsre Mitglieder!
Da uns immer wieder mitgeteilt wird, daß streikende Leute aus Delmenhorst bei unsern Mitgliedern beschäftigt werden, ersuchen wir Sie dringend nochmals, Ihre Lohnlisten durchzusehen und mit der Ihnen bereits zugesandten Streikliste zu vergleichen. Für den Fall, daß Sie streikende Leute aus Delmenhorst eingestellt haben, fordern wir Sie auf, diese sofort zu entlassen, auch für den Fall, daß eine lästige Klüftung besteht. Sollten Sie im letzteren Falle zu einer Entschädigung usw. verpflichtet werden, so bezahlt der Delmenhorster Arbeitgeberverband diese nebst Kosten. Auf jeden Fall wird verlangt, daß die Leute entlassen werden.
Verein Bremischer Baugewerksmeister.
W. Heymann.

Sie lassen es sich etwas kosten, die Baumeister von der Wasserkanne und ihre Genossen im Reiche auch. —

Der Ausstand der Maschinen und Setzer auf den Rhein-
dampfern ist mit einem vollständigen Erfolge beendet. Der guten Organisation und dem einmütigen Zusammenhalten aller Beteiligten ist es zu verdanken, daß der Kampf in so kurzer Zeit mit so geringen Opfern siegreich durchgeführt wurde. Eine in Mannheim tagende Rederversammlung hat dem Tarif der Arbeiter-Organisation zugestimmt, worauf er von den beteiligten Firmen unterzeichnet wurde. Die Streikenden erreichten die Bewilligung folgender Lohnsätze: für erste Maschinenisten 42 Mk., für zweite Maschinenisten 35 Mk. und für die Setzer 28 Mk. Wochenlohn. Die sechsstündige Nachtarbeit wurde zugesichert. Ueberstunden werden dementsprechend bezahlt. Der Betrieb wurde auf der ganzen Linie wieder aufgenommen.

Trambahnerstreik in Neapel. Nach fünftägiger Dauer ist der allgemeine Ausstand der Trambahnen von Neapel beigelegt worden, nachdem er am Tage vorher zu einer Art Straßenaufruf Anlaß gegeben hatte. Die häufigen Unfallsfälle der letzten Wochen, an denen der schlechte Zustand des Materials schuld ist, hatte die Trambahnenbewegung, der Trambahn-Gesellschaft ein Memorial vorzulegen, in dem Kontrolle der Bremsen, Verringerung der Arbeitszeit und andre Reformen gefordert wurden. Die Gewerkschaft drohte mit dem Streik, falls nicht binnen drei Tagen eine Antwort erfolgte, aber die Trambahnen, ungeduldig und unbehelligt, traten schon am zweiten Tage in den Ausstand. Dieser verlief ruhig, bis am 20. d. M. den Versuch der Gesellschaft, Streikbrecherwagen in Zirkulation zu setzen, zu jenen Zumüllen führte, über die telegraphisch berichtet wurde. Um den Durchgang der Trams zu hindern, warfen die Frauen der Streikenden sich und ihre Kinder auf die Gleise. Während die Soldaten sie forttragen, baute man ein paar Schritte weiter eine Barrikade aus Schutt, Straßenschutt, Müllhaufen. Eine dieser Barrikaden erreichte die Höhe von 1 Meter. So legte der Streikbrecherwagen, von Militär eskortiert, in 2 Stunden eine Strecke von 15 Minuten zurück. Dabei wurde das Militär einem wahren Steinregen von seiten der Frauen ausgesetzt, so daß man schließlich vorzog, die Wagen wieder zurückzuführen. Am Tage darauf erklärte sich die Direktion bereit, mit den Arbeitern zu verhandeln und bewilligte einen Teil der Forderungen. Anstatt des bisherigen Zehnstundentags werden 9 1/2 Arbeitsstunden festgelegt; die Regelung der Schichten wird einem Arbeiterausschuß übertragen. Die Streikenden können mit ihrem Erfolg zufrieden sein. Von den 38 Verhaftungen, die am Donnerstag vorgenommen wurden, sind nur zwei aufrechterhalten worden.

Lohnbewegungen und Streiks. Die Arbeiter der Mühlenindustrie in Leipzig sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen die zwölfstündige Arbeitszeit und einen Mindestwochenlohn von 28,50 Mark für Müller, 27 Mark für andre Arbeiter. — Die Leipziger Brauerei-Witkobergebrüder fordern die Erhöhung des jetzt 28 und 30 Mark betragenden Mindestwochenlohns und die Regelung der Aushilfsarbeiten. — Auf der Germania-Werft in Kiel ist ein Konflikt ausgebrochen. 200 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten. — In Düsseldorf sind 140 Marmorarbeiter wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten, 100 stehen in Kündigung. — Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter in Basel ist durch Lohnverhandlungen verhindert worden. Die Mannheimer Eisenbahnarbeiter halten sich mit denen von Basel solidarisch erklärt. — Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dresden versucht eine Nachprobe am neuen Wasserwerksbau in Postwitz, indem den dort Beschäftigten der Zehnstundentag aufgezwungen werden soll. Nachdem die in Frage kommenden Zimmerer und Bauarbeiter einmütig

Aber was mich jung macht, jung werden läßt, das sind nicht die dunkelblühenden Rosen und ihre Düfte, es ist etwas ganz andres. Der Mensch wird immer jung, wenn er zu seiner Mutter, der Erde, zurückkehrt und wenn er dort, wo er hingehört, — arbeitet, mit der Schaufel, mit dem Rechen, mit dem Oskultermesser oder der Baumsehre. Wenn man die Rosen vor dem Winter selbst mit Stroh umbindet, sie im Frühling selbst schneidet, von Ungeziefer befreit, sie hegt und pflegt, dann blühen sie einem tausendmal glühender, duften sie einem tausendmal mehr, als wenn man sie im Blumenladen der Großstadt kauft. Die Arbeit kehrt einem zurück in der Form von Duft und Schönheit und Farbe, und macht einen frisch und jung. Was man der Erde gegeben hat, steigt in den zähen Stämmen zurück und verleiht Jugendkraft und Lebensfreude!

Wir entfernen uns nicht ohne Gefahr immer mehr von der Erde. Es ist nicht mehr möglich zu tun, was Rousseau seinerzeit als letztes Rettungsmittel anempfohlen hat, aus der Stadt zu fliehen und wieder Bauer zu werden. Das Ideal liegt in einer andern Richtung. William Morris, der englische Dichter und Sozialist, hat es genannt. Rückkehr zum Land ohne die Stadt zugeben! Rückkehr zur körperlichen Arbeit unter freiem Himmel ohne die Gehirnarbeit als ein Zeichen der Ueberkultur zu betrachten! Tätige Bewegung auf Feld und Wiesen als natürliches Gegengewicht gegen die Geist und Körper zerstörende Wirkung der Fabrikarbeit! Wenn wir einmal so weit sind, dann werden uns die Blumen nicht mehr jung machen, weil wir sie tragen, sondern weil wir sie säen und setzen, hegen und pflegen. Dann werden wir wirklich wieder einmal wissen, daß die größten Gemüße, die dem Menschen möglich sind, darin bestehen, das Korn wachsen und die Blumen blühen zu sehen, über Pflugshare und Spaten tief Atem zu holen, zu lesen, zu denken, zu lieben und zu hoffen. Das ist es, was die Menschen glücklich macht und was zu tun sie wieder in ihre Macht bringen müssen. Mehr werden sie nie zu tun vermögen.

durch geheime Abstimmung beschlossen hatten, am Neunstundentag festzuhalten, wurden sie am 22. Juni ausgepeert.

Eine Massenversammlung der Minenarbeiter in Johannesburg (Transvaal) beschloß, am 4. Juli alle Arbeiter aus den Minen auszuschließen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden oder die Regierung nicht einen obligatorischen Schiedsricht durchsetze. Die Redner bestärkten den Ausstand in allen Gewerben, wenn die Resolution sich erfolglos erweisen sollte.

Auf der Landkonferenz der sächsischen Bergarbeiter, die am Sonntag in Zwickau stattfand und aus allen Revieren Sachsens besetzt war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Die heute, am 23. Juni, im Saale des Feldschloßchens zu Pöhlau tagende, aus allen Revieren besetzte Landkonferenz der Bergarbeiter Sachsens spricht ihre schärfste Entschlossenheit aus über die ablehnende Haltung der Werksbesitzer den Forderungen der Bergarbeiter gegenüber. Die Konferenz stellt wie bisher auf dem Standpunkt, daß bei einigermaßen gutem Willen der Werksbesitzer es sehr wohl möglich ist, den so notwendigen Frieden besonders im Zwickauer Revier herbeizuführen. Die Konferenz weist mit aller Entschiedenheit zurück, daß die außerhalb der Belegschaft stehenden Führer der Bergarbeiter schuld sein sollen, daß die das gesamte Gewerbeleben so schwer schädigende Auswanderung solche Dimensionen angenommen hat. Nur die Halsstarrigkeit der Grubenbesitzer den Arbeitern gegenüber ist es, welche letztere gezwungen hat, im Interesse der Selbsterhaltung zu diesem Mittel zu greifen. Die Konferenz erwartet, daß nun endlich einmal die Werksbesitzer den Organisationen der Arbeiter gegenüber einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Standpunkt einnehmen und diese gesellschaftlichen Körperschaften als gleichberechtigten Faktor anerkennen, wie es andre Unternehmer schon längst getan haben. Die Konferenz legt Verwarnung dagegen ein, daß an den fortgesetzten Erhöhungen der Kohlenpreise die Forderungen der Bergarbeiter schuld seien, sondern behauptet, daß die den Arbeitern noch nicht bewilligten Forderungen nur als Mittel zum Zweck benutzt werden, um ungehindert die Konsumenten mit hohen Kohlenpreisen zu demütigen. Zum Schluß gelobt die Konferenz, den bisher beschrittenen Weg auch weiter zu befolgen, bis die zum Standal gewordenen Zustände im sächsischen Bergbau endgültig beseitigt sind.“

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Queblinburg-Mörsleben-Calbe.
Parteiengenossen!
Unre diesjährige ordentliche

Generalversammlung
findet am Sonntag den 11. August, vormittags 11 Uhr, in Queblinburg im Restaurant Vorwärts statt.

Provisorische Tagesordnung:

1. Wahl des Bureaus und der Mandatprüfungskommission, Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung.
2. Bericht des Hauptvorstandes, der Kassenvorstände, der Bezirksvorstände.
3. Beitragserhöhung und ihre Verwendung. (Berichterstatter Genosse Wigorowski.)
4. Beforderungserhöhung für den Sekretär. (Berichterstatter Genosse Greiner.)
5. Das Parteiorgan und die Abonnentengewinnung, der Agitationskalender. (Berichterstatter Genosse Greiner.)
6. Der Parteitag in Essen (Berichterstatter Genosse Mikowsky), Wahl des Delegierten und Stellvertreter, Festsetzung der Wahlen.
7. Die Agitation im kommenden Winter. (Berichterstatter Genosse Albrecht, Reichstagsabgeordneter.)
8. Stellungnahme zum preussischen Parteitag und Delegiertenwahl.
9. Eingegangene Anträge.
10. Festsetzung des Vereinsjahres, Wahl des Hauptvorstandes und zweier Ersatzmänner.
11. Festsetzung des Ortes der nächsten Generalversammlung nebst Erfahrt.

Die Parteigenossen wollen nunmehr die Delegiertenwahlen vornehmen. Zu beachten sind dabei die Vorschriften des § 11 des Statuts. Auch auf den § 12 wird besonders aufmerksam gemacht. Zu Punkt 3 der Tagesordnung liegt ein Antrag des Kreisrats vor, der in nächster Zeit in der „Volksstimme“ besonders erörtert werden wird, worauf wir hiermit aufmerksam machen.

Mit Parteigruß
Der Hauptvorstand.

Gommern, 25. Juni. (Stadtkonferenz-Sitzung vom 22. Juni.) Die Zuschlagserteilung zur Döhrverpackung an den Bestbietenden wurde einstimmig ausgesprochen. Der Magistrat brachte dann eine Vorlage ein, dem Krieger- und Militärverein je 50 Mark als Beihilfe zum Kreis-Kriegerfest zu gewähren. Genosse Enderling betonte, daß es ungerecht sei, auf Kosten der Steuerzahler zu solchen Festen Geld zu bewilligen. Die Vereine sollten eine Kollekte veranstalten, die von der Behörde sicher genehmigt würde, dann könnten diejenigen, die Interesse für die Sache hätten, ihr Scherlein beitragen und es würde schließlich mehr dabei herauskommen. Genosse Köpenack warnte die Herren Stadtkonferenzmitglieder, leicht über diese Dinge hinwegzugehen, es würde in diesem Jahre noch ein Gewerkschaftsfest stattfinden, da werden die Gewerkschaften mit demselben Rechte wie der Kriegerverein an die Veranstaltung herantreten und eine Beihilfe verlangen, die man doch auch nicht ablehnen könne. Der Magistratsvorsitzende teilte mit, daß der Magistrat zwar erst auf einem abzulehnen Standpunkt gestanden hätte, er sei aber auf Ersuchen der Herren Stadtkonferenzmitglieder zu dieser Vorlage von 100 Mark gekommen und bitte nun, die Vorlage zu genehmigen. Bei der Abstimmung wurde das Geschenk an die Militärvereine mit allen gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenthaltung bewilligt. — Der Fabrikbesitzer Volkholz und der Gastwirt Fr. Schuchardt bitten um Uebernahme eines Teiles der Kosten, zur Herstellung des Bahnhofsdammganges durch die Stadtgemeinde. Genannte Herren hatten sich beim Bahnbau bereit erklärt, den Bahnhof auf Gommerner Gebiet zu legen und die Kosten selbst zu tragen. Diese Kosten würden aber bedeutend höher als sie angenommen hatten, und der Vorteil, den Herr Volkholz hat, ist auch nicht so groß wie er sein sollte, weil er kein Geld nach der Fabrik bekommen hat und die Lokomotiven alle per Fuhrwerk dorthin befördert muß. Genosse Enderling beantragt, die Summe noch etwas herabzusetzen, sie sei zu hoch. Genosse Köpenack war der Meinung, daß, wenn sich ein Geschäftsmann verreckne, er auch die Konsequenzen zu tragen hätte. Bei der Abstimmung wurden 1000 Mark gegen zwei Stimmen genehmigt.

Thale, 25. Juni. (In der Gasanstalt) haben sich die Verhältnisse wenig gebessert. Zwar hat man, auf Grund einer früheren Kritik, eine kleine Lohnzulage vorgenommen, alles andre läßt aber nach wie vor zu wünschen übrig. So müssen die Arbeiter den glühenden Kots in einer schadhafte Karre fahren, so daß auf dem Wege bis zur Abladestelle immer etwas verloren geht. Auf dem Ofen, an dem sich die Erzeigehöhle befinden, in den Gas und Teer aus den Retorten geföhrt wird, befindet sich keine Schutzvorrichtung. Die Sonntagsarbeit besteht noch wie früher, alle 14 Tage müssen zwei Arbeiter Sonntag morgen 6 Uhr anfangen und bis Montag morgen 6 Uhr durcharbeiten. Nach Aussage des Meisters machen die Arbeiter ja ihre Arbeiten gern und freiwillig. Trotzdem sind von vier dort beschäftigten in einer Woche zwei entlassen, einer hat freiwillig seinen Dienst quittiert. Die Gasanstalt ist Eigentum der Gemeinde, man sollte endlich Arbeitsbedingungen festlegen, wie sie andre Städte längst haben.

Stahlfurt, 25. Juni. (Sitzung des Gewerkschafts-Kartells vom 21. Juni.) Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wird die Ausstellung eines Verbandskalenders für sämtliche Gewerkschaften angeregt. Die Feststellung der Präsenzliste ergibt, daß mit Einschulbildung fehlen je ein Delegierter der Köchler, Maschinenisten und Geizer, Maurer, Schneider, Lagerhalter, ohne Einschulbildung ein Delegierter der Steinseher und beide Delegierte der Zimmerer sowie der Holzarbeiter. Der Bericht von der Parteikonferenz

in Nordhausen zeitigte eine rege Diskussion. Die Anwesenden billigten die Stellung, welche die Stahlfurter Delegierten auf dieser Konferenz eingenommen hatten, besonders auch ihre Ablehnung der Schaffung einer besonderen Sekretärstelle für die Kartelle der Provinz Sachsen und Anhalts. Die Abrechnung von der Meißner wurde vorgelegt. Da sie noch nicht von den Revisoren geprüft ist, wird die definitive Rechnungslegung zur nächsten Sitzung vertagt. Ueber die neu vorgeschlagene Regelung des obligatorischen Meißnerbeitrags haben bisher Beschluß gefaßt und zugestimmt die Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Maurer, Dachdecker, Maschinenisten und Geizer, Köchler, Handelsarbeiter, Maler. In den übrigen Gewerkschaften steht die Beschlußfassung noch aus. — Jugenderbrente soll zur Abhaltung eines, Direktor Laube zur Abhaltung von zwei Vortragsvorträgen gewonnen werden. — Genosse Wigorowski hat seinen Posten als Kartellsekretär niedergelegt, um Zeit zu gewinnen, sich an den Stahlfurter Parteiarbeiten reger beteiligen zu können, da die Gewerkschaftsmitglieder in dieser Beziehung gänzlich zu verlagen beginnen. Diese Saumseligkeit der Gewerkschaftsmitglieder erweckte lebhaften Tadel. Die Verwaltungskommission wurde beauftragt, in einem Rundschreiben an die organisierten Arbeiter den Zweck und Wert der politischen Betätigung darzutreten.

— (Was soll das bedeuten?) Die Fabrik 4 von Neustadt hat, nachdem erst vor kurzem eine Lohnherabsetzung durchgeführt war, mit der Reduzierung der Löhne wieder begonnen. Will man einen Streik provozieren? —

Stendal, 25. Juni. (Die berichtigte Jungfrau-) In den Stendaler Blättern erlöst Herr Parrer Koch folgende Verichtigung:

Am Sonntag den 23. Juni ist von mir in der St. Marien-Kirche ein Brautpaar aufgeführt worden und dabei das der Braut zugehörige Prädicat „Jungfrau“ leider nicht mitgenannt. Ich erkläre hiermit, daß die Fortlassung dieses Prädicats nur durch ein bedauerliches Versehen meinerseits geschehen ist. Das „Versehen“ ist doch jedenfalls nicht im eigentlichen Sinne des Wortes zu nehmen? —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 24. Juni 1907.

Eine „Kollekte“. Der Fleischermeister und Stadtverordnete Friedrich Köpenack zu Gommern bekam im Januar dieses Jahres von dem Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei eine Sammelliste, um Beiträge zur Unterstützung des Reichstags-Wahlvereins der sozialdemokratischen Partei zu erhalten; er zeichnete darin als erster 3 Mark und übergab die Liste mit der Ueberschrift „Sammelliste für freiwillige Parteibeiträge“ dann dem Voten Wilhelm Mafer. Dieser ging damit von Haus zu Haus und sammelte Beiträge ein. Beide sollen dadurch, da zur Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte die Genehmigung nicht erteilt war, gegen die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Magdeburg vom 22. Februar 1880 verstoßen haben. Das Schöffengericht erkannte am 28. Februar auf je 60 Mark Geldstrafe. Es wurde als erwiesen angenommen, daß Köpenack der Veranstalter der Kollekte, mindestens aber der Vermittler, gewesen sei. Die von den beiden Angeklagten eingelegte Berufung wurde verworfen, die erkannte Geldstrafe aber auf je 10 Mark ermäßigt.

Pflichtvergessen. Weil er seiner Familie den notwendigen Unterhalt nicht gewährte, wurde der von seiner Frau getrennt lebende Arbeiter Karl Reichardt zu Bernburg, geboren 1867, vom Schöffengericht in Calbe a. S. am 7. Mai d. J. zu 2 Wochen Haft verurteilt (Uebertretung des § 361 Abs. 10 des Strafgesetzbuchs). Die eingelegte Berufung wurde zurückgenommen.

Ein Ruhestörer. Der vorbestrafte Arbeiter Karl Lindau zu Warby, geboren 1874, rief in der Nacht vom 3. April d. J. laut auf der Straße und zankte sich mit seiner Frau. Ihn trafen daher vom Schöffengericht am 15. Mai d. J. wegen ruhestörenden Rärms 2 Wochen Haft. Die Berufungskammer ermäßigte die Strafe auf 3 Tage Haft.

Vermischte Nachrichten.

* **Eine Statistik der Tierwelt.** Das Pariser Museum für Naturgeschichte hat auf Grund einer an die verwandten Fachkreise aller Staaten gerichteten Aufforderung zur Mitarbeit an einer Statistik der Tierwelt jetzt die folgenden Ergebnisse veröffentlicht. Auf der ganzen Erde und in den Meeren gibt es jetzt 400 000 Tierarten, die bekannt und wissenschaftlich beschrieben sind. Die Insekten allein bilden mehr als 268 000 verschiedene Arten, die Vögel 13 000 Arten. Ferner kennt man 12 000 Arten Fische, 33 000 Arten Reptilien, 1610 Schlangenarten, 50 000 Arten Mollusken, 1300 Arten Amphibien, 20 000 Arten Spinnen, 3000 Arten Stachelhäuter, 8000 Arten Würmer. Hierbei sind nicht nur die noch unbekannteren Landtiere, sondern auch die zahlreichen noch unerforschten Tiere des Meeres nicht mitgerechnet.

* **Träger der Ansteckung** nennt der bekannte Pariser Arzt Dr. Hericourt in der „Revue des Revues“ die Ärzte, welche auf Landchaftsbefuche gehen. Hericourt weist auf den großen Widerspruch hin, welcher zwischen der Theorie der Bazillenlehre und der Praxis der Ärzte besteht. Er nimmt daher die gut geleiteten Spitäler, wo es sich nur um operative Eingriffe handelt, aus, weist aber darauf hin, daß die sogenannten Desinfektionsmaßregeln der Ärzte, welche z. B. einer Scherlach- oder Diphtheriekranken besucht haben, sich auf die wirkungslose Keuchhustentherapie des Handwaschens beschränken. Gerade so gut wie an den Händen, ja noch viel eher könne der Arzt in den Haaren, im Bart und in den Kleidern die Bazillen verschleppen. Es käme sehr häufig vor, daß jemand, der einer Kleinigkeit wegen den Arzt zu sich bemüht habe, von diesem gewissermaßen als Strafe für die unnötige Furcht die schönsten Diphtheriebazillen gesendet bekomme, und da die Krankheit gewöhnlich erst 8-10 Tage nach der Ansteckung ausbräche, so denke niemand an den Zusammenhang. Dr. Hericourt verlangt, daß die Ärzte von Staats wegen bei ihren Krankenbesuchen eine besondere, nur zu diesem Zweck gebrauchte Kleidung anlegen müßten. Außerdem sollte jeder Arzt aus beruflichen Gründen keinen Bart und das Haar kurz gelassen tragen.

Kleine Chronik.

Ein höherer Beamter als Attenhieser.
Lauter Hülferufe eines jungen Mädchens erregten Dienstag nachmittag um 4 1/2 Uhr Aufsehen unter den Fahrgästen eines Berliner Stadtbahnzugs. „St dem niemand da, der mich beistehen kann?“ rief das Mädchen, die 16jährige Tochter eines Beamten Kaufmanns aus einem Abteil zweiter Klasse. Ein höherer Beamter der Berliner Geheimpolizei nahm sich seiner an. Das Mädchen war sehr verärgert. Erst als der Beamte sich angemessen und gebeten hatte, sich ihm ohne Schen zu offenbaren, erzählte es, was vorgefallen war. Ein ihm gegenüberstehender Mann von etwa 45 Jahren hätte es in größter Weise belästigt. Der Beamte führte beide der nächsten Bahnhofsstation zu, die den Mann als einen hiesigen ruffischen Beamten feststellte. Der Beschuldigte wurde, obwohl er leugnet, dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Tragik des Lebens.
Ein tragischer Vorgang hat sich in Berlin im Hause Brangel, Frage 14 abspielte. Die Witwe Fouen war dort vor zwei Tagen

Zurückgekehrt

von einer 12tägigen Einkaufsreise hatten wir Gelegenheit, trotz höchster Konjunktur

grosse Posten nur reguläre Waren

in diversen Artikeln

zu beispiellos billigen Preisen

zu erstehen und werden diese Posten im Laufe der nächsten 14 Tage zu bisher noch nicht gekannten Preisen in den Handel gelangen.

Als erstes Angebot — soweit Vorrat — Gelegenheit nie wiederkehrend!

Heute Dienstag den 25., Mittwoch den 26., Donnerstag den 27. Juni

ca. 1000 Glacéleder-Gürtel 1.55

mit Rückengarnitur und Stahlspinn, nur moderne Farben und beste Qualitäten.

Sonstiger Verkaufspreis 2.25 und 3.25 Jetzt Stück nur

Raphael Wittkowski

Hamburger Engros-Lager, G. m. b. H.

Magdeburg, Breiteweg 61.

Adriaglüt hat hohen natürlichen Eisengehalt.

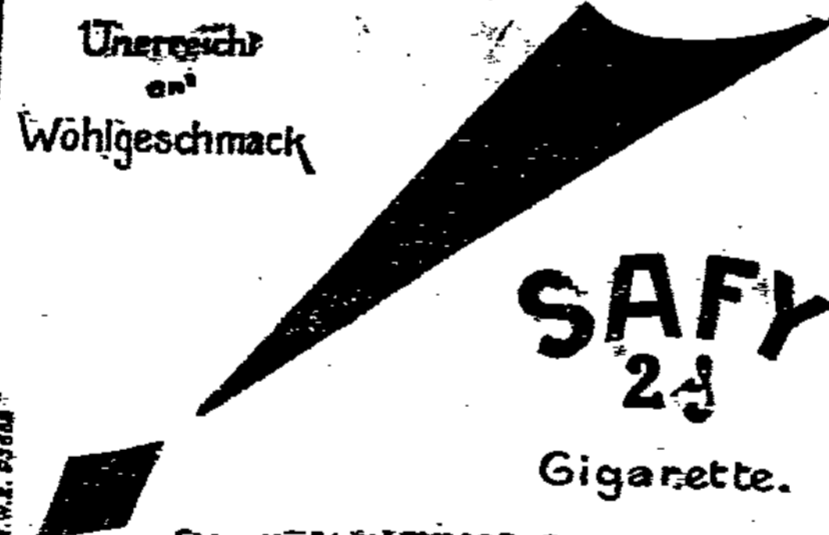


Franz Stute
4033
Magdeburg-Buckau

Zur Reise nicht vergessen
Spazierstock, Regenschirm, Filz-
und Strohhut, Hutergasse, far-
bige Hemden, Kravatten, Hand-
schuhe, Taschentücher und das
große Portemonnaie, und empfehle
ich russische Jacken, Westen-
Gürtel.

— Fernsprecher 4851. —

Unersücht
an
Wohlgeschmack



SAFY
2
Gigarette.

Cigarettenfabrik TOMA - Dresden, gegr. 1876.

Geranium **billiger!** jetzt wieder
Ferner empfehle zu Verlosungen 4892
Diverse Pflanzen 100 Stück von 15.00 Mk. an.
Pflanzen-Dekorationen
zu allen Gelegenheiten äußerst preiswert.

Adolf Haensch, Neustadt, Nachtweide
Fernspr. 3668.

Heidelbeeren!
Som 1. Juli an verende täglich
frische Heidelbeeren. Neude 26.
achmer werden gesucht. 2214

Striebing, Gr. Diebhorfer
Straße 21.

Ehrliche
Teilhaltung!
Kleine Anzahlung. 3900
Abzahlung 1 Mark pro Woche.

Uhrenhandlung M.-Neustadt
Ritterstr. 1b, I. Etg.

Reparaturen werden ge-
wissermaßen wissenschaftl.
und preiswert ausgeführt von
Georg Löbner, Uhrmacher
— Tischlerbrücke 33, I. —

Kanarienhähne
und -weibchen kaufe
fortwährend zu höchsten
Preisen. Zahl für junge
Kanarienhähne 2.50 bis
3.00, für alte 4—10 Mk. je nach
Leistung, junge Weibchen 50 Pf.
J. Tischler, Annastraße 25.

Leder-Ausschnitte, Kernsohlen
Schuhmacherartikel, Schuh-
macherwerkzeuge, Holzspannen
usw. kauft man immer noch an
billigsten bei denkbar größter Aus-
wahl bei
4651

Gustav Möriz
Lederhandlung, Halberstädter Str. 52.

Original Nova
Räder

Gritzner- u. Reform-Fabrräder
Kah., Wash-, Wring- u. Strickmaschinen
unter weitgehender Garantie
verkauft zu billigen Preisen, auch auf
Teilzahlung

Ad. Bock
Sudenburg, Halberstädter Straße 104
Fernsprecher 4715. 3769
Eigene Reparaturwerkstatt = Missergebnis!

**Leih-
Haus**
Hochst-Beleihung
jeder Sache.
Ehrliche Besicherung.

Leih Haus
Hochst-Beleihung
jeder Sache.
Ehrliche Besicherung.

Landbrot 5
wiegt von heute
an wieder ca. 5 Pfund

Butterhandlung
Vergiftmeinnicht
Magdeburg-Zudenburg
10 Rottersdorfer Straße 10
am Eislerplatz.
Fernsprecher 1458.

Zahn-Atelier
Richard Sass 77
Nr. 56 Breiteweg Nr. 56
Fernsprecher 4403

Teilzahlung gestattet.
Bohle 1 Mark, monatl. 4 Mark
(ohne Preisermäßigung).
Strengste Diskretion zugesichert.

Zahnärztliche Schmerzlos.
Spezialität: Zement-, Porzellan-
Kupfer-, Silber-, Gold-Plomben
Zahn-Reinigung. Exakte Preise.

Wer streichen will,
kauft die dazu nötigen
Lacke, Farben, Pinsel usw.
am billigsten und besten bei
Erwin Prange,
erstes Spezialhaus dieser Branche,
Berliner Strasse 29.

Patria- u. Panther-Räder
aus ihrem guten Material entsprechend enorm billig.

Ed. Dietzsch
4684
Berliner Str. 30-31.
Reparaturwerkstatt mit elektrischem Betrieb

Laufdecken von 3.50 Mk. an
Luftschläuche von 2.50 Mk. an
Schwabenreifen und andre Ersatzteile aller Art.

Kluges
Seitensalmiak??

Damen
Fahrer
Schmidt, Blauschiffstraße 1.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25—60 Mk.
Neue Nähmaschinen aller Systeme
unter Garantie
in billigster Preislage.

A. Rose, Breiteweg 264
(Scharnhorstplatz).
Neuestes seit 1865 bestes Geschäft d. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigen Preisen.
376